



HANDREICHUNG ZUR
POLITISCHEN BILDUNG
BAND 19

HANDLUNGSAUFTTRAG DEMOGRAFIE

FAKTEN – EXPERTISE – MEINUNGEN

KARL-HEINZ B. VAN LIER (HRSG.)



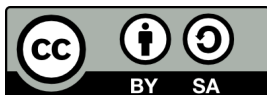
Konrad
Adenauer
Stiftung

ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID 53323-1508-1015



Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2015



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von
„Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen
Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE
(abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>).

© 2015, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfoto: Trueffelpix – Fotolia.com
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Satz: workstation, Niederkassel
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-142-2

INHALT

5 | VORWORT

7 | WENIGER, ÄLTER, ÄRMER? DIE DEMOGRAFISCHE HERAUSFORDERUNG

*Patrick Schnieder | Jürgen Dorbritz | Matthias Mattussek
Georg Milbradt | Hildegard Stausberg*

15 | KINDHEIT ALS HEIMAT SORGENFREIE KINDHEIT ALS AUFGABE VON FAMILIE UND GESELLSCHAFT

Klaus Zeh | Birgit Kelle | Michael Huss | Wolfgang Thielmann

19 | DIE DEUTSCHEN STERBEN AUS! VIVE LA FRANCE! FAMILIENPOLITIK IM VERGLEICH

*Christian Baldauf | Nadine Morano | Gérard-François Dumont
Albin Nees*

25 | FÜR DEN SCHUTZ DES MENSCHLICHEN LEBENS VOM ANFANG BIS ZUM ENDE!

Karl Kardinal Lehmann

27 | FAMILIENPOLITIK ALS ZUKUNFTSPOLITIK

*Kurt Biedenkopf | Hermann Adrian | Susanne Conrad
Birgit Kelle*

34 | STADT, LAND, FLUCHT!?

Kerstin Faber | Klaus Lütkefedder | Peter Enders

39 | JOB? – AUF JEDEN FALL! KINDER? – VIELLEICHT! WIE KANN DIE ZAHL DER GEBURTEN GESTEIGERT WERDEN?

*David Schumann | Birgitta vom Lehn | Silke Dierks
Elisabeth Müller | Anja Gockel | Jürgen Liminski*

46| SOZIALSYSTEME VOR DEM ZUSAMMENBRUCH
WIE DER GENERATIONENVERTRAG WIEDERBELEBT
WERDEN KANN

Anne Lenze | Jürgen Borchert | Christian Baldauf | Jürgen Liminski

51| DEUTSCHLAND UND JAPAN:
EXPORTRIESEN UND GEBURTENZWERGE
NACHHALTIGKEIT IST OHNE NACHWUCHS NICHT MÖGLICH!

Stefan Fuchs | Axel Klein | Philip Plickert

54| ANHALTENDER GEBURTENSCHWUND:
ZUKUNFTSBREMSE FÜR DEUTSCHLAND!

*Roland Tichy | Mario Voigt | Gerd Schreiner | Steffen Bilger
Christiane Florin*

61| DIE REFERENTEN UND MODERATOREN
DER REIHE „HANDLUNGS-AUFTRAG DEMOGRAFIE 2013-2014“

68| ANSPRECHPARTNER IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

69| PUBLIKATIONSREIHE
„HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG“

VORWORT

Das Thema „Demografischer Wandel“ ist viel diskutiert. Immer deutlicher wird, wie sehr die Auswirkungen dieses Wandels in naher Zukunft unseren Alltag in allen Belangen und unter vielfältigen Gesichtspunkten verändern und nachhaltig beeinflussen werden. Unter dem Titel „Handlungsauftrag Demografie“ wollen wir zeigen, dass sich die Herausforderungen, die auf unsere Gesellschaft zukommen, nicht bloß staatlich verwalten, sondern auch individuell gestalten lassen. Dies ist für jeden Einzelnen umso wichtiger, als die Folgen des demografischen Wandels nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Das Politische Bildungsforum Rheinland-Pfalz hat zu dem Thema „Handlungsauftrag Demografie“ eine Veranstaltungsreihe durchgeführt. Die Experten beschäftigten sich mit den unterschiedlichsten Aspekten des Themas. Wir fanden die verschiedenen Herangehensweisen und Zugänge so interessant, dass wir daraus ein Kompendium entwickelt haben. Es soll deutlich werden, welche Standpunkte die Experten und Beitragenden, die vor ganz unterschiedlichen fachlichen wie persönlichen Hintergründen auch ganz verschiedene Herangehensweisen gewählt haben, einnehmen. So soll es



dem interessierten Leser erleichtert werden, sich vertiefend mit Einzelaspekten des demografischen Wandels zu befassen und sich bei der Suche nach Referenten für eigene Gesprächsrunden und Diskussionen besser zu orientieren.

Thematisch wird die ganze Bandbreite und Tiefe des Spektrums der übergeordneten Fragestellung dargelegt, wenngleich die Vielfalt der Aspekte natürlich immer nur ‚angerissen‘ werden kann.

Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass wir einen Auftrag haben! Angesichts der Folgen des demografischen Wandels ist jeder Einzelne aufgerufen, zu handeln und aktiv zu werden!

Mainz, im Juli 2015

Karl-Heinz B. van Lier
Landesbeauftragter für Rheinland-Pfalz und
Leiter des Politischen Bildungsforums Rheinland-Pfalz

WENIGER, ÄLTER, ÄRMER?

DIE DEMOGRAFISCHE HERAUSFORDERUNG

*Patrick Schnieder | Jürgen Dorbritz | Matthias Matussek | Georg Milbradt |
Hildegard Stausberg*

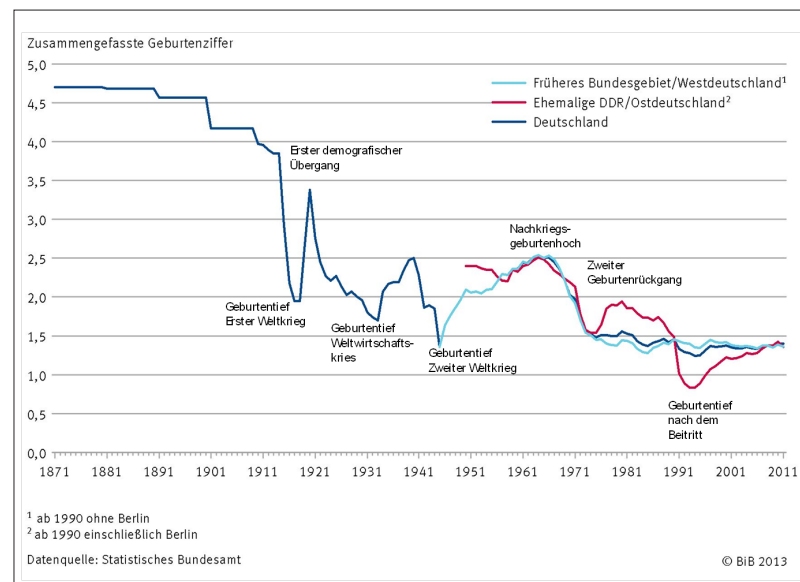
- Der demografische Wandel ist die Überalterung der Gesellschaft, die Menschen werden älter bei gleichzeitig sinkender Geburtenrate.
- Ohne dringende Reformen werden die Sozialsysteme, v.a. Pflege- und Rentensystem, in absehbarer Zeit kollabieren.
- Die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft Deutschlands wird abnehmen. Außerdem bahnt sich ein kultureller Wandel an, den es zu gestalten gilt.
- Weil er jahrzehntelang ignoriert wurde, ist der demografische Wandel heute kaum noch zu steuern.

Der Generalsekretär der rheinland-pfälzischen CDU **Patrick Schnieder, MdB**, begreift den demografischen Wandel als das herausragende Thema, das Gesellschaft und Politik in der Zukunft fordern und herausfordern wird. In einzelnen Bereichen, so die Auffassung Schnieders, seien bereits Entscheidungen gefallen. In der Tiefe und Bandbreite allerdings seien die notwendigen Entscheidungen bei den politischen Entscheidungsträgern scheinbar noch nicht angekommen, lautete seine Kritik.

Er gab zu bedenken, dass viele Probleme, die aus dem demografischen Wandel resultierten, gar nicht mehr aus dem Weg geschafft werden könnten.

Denn zu viele Frauen seien schon nicht geboren, um nun als Mütter wiederum Kinder zu gebären. Daher nütze es seiner Auffassung nach nichts, die Lage euphemistisch zu verbrämen. Bezüglich der Herausforderungen für die Sozialsysteme und die Infrastruktur stellte Schnieder fest: *„Nicht nur Anpassungsprozesse sind notwendig, sondern auch die Fragestellung, was in einer schrumpfenden Gesellschaft überhaupt passiert, die Frage also nach der Innovationsfähigkeit.“* Der Abgeordnete forderte, dass ein Bewusstsein für die Problemlagen geschaffen werden müsse, um eine breite Akzeptanz für die dringend nötigen, vielfach sicherlich auch schmerzhaften Umstrukturierungsprozesse herzustellen.

Der Wissenschaftliche Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden **Dr. Jürgen Dorbritz** befasste sich mit „Grundlegenden Fragen und Herausforderungen des demografischen Wandels“, mit denen er die quantitativen Bedingungen verdeutlichte.

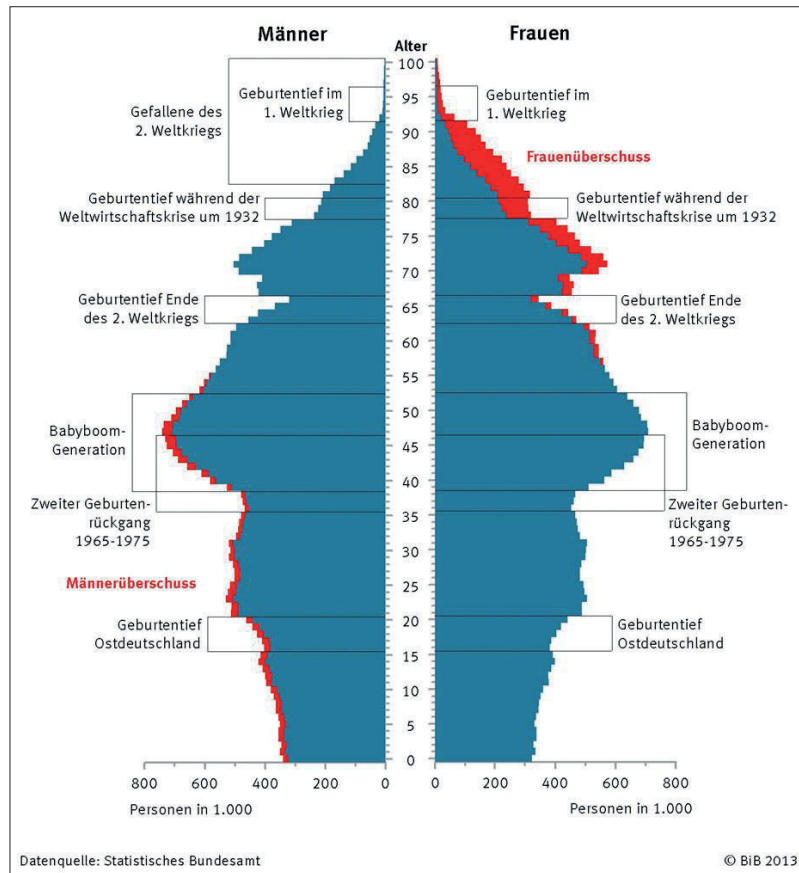


Quelle: Statistisches Bundesamt

Als den Kernprozess dieses Wandels stellte er die Alterung der Bevölkerung heraus. Wenn die Kindergeneration größer sei als die Elterngeneration, so entstehe Wachstum. *„Dies war allerdings letztmalig 1878 in Deutschland der Fall, und so muss man von einem Alterungsprozess sprechen“*, hielt Dorbritz fest.

In Westdeutschland sei der Trend zur Kinderlosigkeit in den vergangenen Jahrzehnten von 11 auf 24 Prozent gestiegen, was Westdeutschland zu dem Land mit der höchsten Kinderlosigkeit auf der Welt mache. In gesamtdeutscher Perspektive ergäben sich unterschiedliche generative Verhaltensmuster: Während im Osten die Gruppe der Frauen, die nur ein Kind bekämen, höher sei, sei im Westen die Gruppe der lebenslang kinderlosen Frauen höher. *„So entsteht ein ähnlicher Durchschnitt“*, erklärte der Bevölkerungsforscher. Und noch ein Trend sei zu bemerken: Je höher die Schulbildung sei, umso größer sei auch der Wert der Kinderlosigkeit. *„Aber“*, so stellte Dorbritz fest, *„die Niedrigqualifizierten passen sich dem Trend der Hochqualifizierten in zunehmendem Maße an.“* Fest stehe, dass nur durch die Zunahme der Fertilitätsrate – bis 2050 müsste die Kinderzahl auf 1,9 pro Frau ansteigen – der Entwicklung insgesamt entgegengewirkt werden könne.

Zur Überalterung trage auch bei, dass die Lebenserwartung kontinuierlich ansteige. Diesem Trend schrieb Dorbritz verschiedene Ursachen zu. Einerseits sei die Säuglingssterblichkeit derart gering, dass sie keinen statistischen Ausschlag mehr aufweise, andererseits würden die Älteren immer älter und blieben infolgedessen auch länger in den sozialen Sicherungssystemen. Bezüglich der Erwartung der Pflegebedürftigkeit nannte der Forscher in diesem Zusammenhang noch eine interessante Zahl: Im Jahr 2009 belief sich die durchschnittliche Lebenserwartung auf 80,18 Jahre. Davon betrug die pflegefreie Zeit durchschnittlich circa 77 Jahre, die der Pflegezeit circa 2,5 Jahre. Wenn die Lebenserwartung pro Dekade um 2,5 Jahre steige, so wachse auch die Dauer der Inanspruchnahme von Pflege proportional, so die Feststellung des Experten.



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die demografische Alterung sowie der Rückgang der Bevölkerung, so der Wissenschaftliche Direktor weiter, beziehe sich beinahe ausschließlich auf die neuen Bundesländer, wo es noch immer eine zahlenmäßig starke Abwanderung aus den peripheren Regionen gebe. In Westdeutschland betreffe dies lediglich einige ländliche Regionen. „Die Ost-West-Migration ist fast vorbei, und die Wanderungsbilanz nahezu ausgeglichen“, so Dorbritz abschließend zu seiner Vorstellung der quantitativen Gegebenheiten des demografischen Wandels.

Der Journalist und Publizist **Matthias Matussek** beschäftigte sich mit den kulturellen Gefahren einer schrumpfenden Gesellschaft. Das politische Handlungsfeld Familie beschrieb er als Katastrophengebiet, um das sich

alle kümmerten: „Wir begießen es mit Wasser wie in der Sahelzone, aber es will nicht recht sprießen.“ Familie sei ein Armutsrisiko geworden. Die Gründe für die vielfache Entscheidung gegen Kinder und Familie sah Matussek in einem anthropologischen Umbau: „Wir trauen uns Kinder offenbar nicht mehr zu.“ Auch die Väter seien als Rollenmodelle kaum noch verfügbar, da die Vätergeneration von den 68ern als Tätergeneration begriffen worden sei.

Als Ergebnis kämen Kinder heute meist zwischen zwei Karrierestationen zur Welt, „und die paar Kinder, die wir noch kriegen, sollen es dann auch bringen“. Seine Kritik fand die seiner Ansicht nach in dieser Notsituation des Geburtenmangels stattfindende Konzentration der öffentlichen Diskussion auf zwei Gruppen: Auf die gleichgeschlechtliche Ehe und die Priester. Die Erfolgsaussichten beschrieb Matussek hierbei als „zweifelhaft“. Das von ihm ausgemachte Thema der Stunde „Jeder kann alles, es ist nur noch eine kulturelle Zuschreibung“, lehnte der Publizist ab. Als tatsächliches Problem machte er Kulturprobleme aus, vor allem aber „die Trivialisierung und Banalisierung der Geschlechter und unsere Auffassung von Leben“.



Dr. Hildegard Stausberg im Gespräch mit Matthias Matussek

Daher lautete sein Appell, wieder eine Diskussion über unser Menschenbild anzustoßen und wieder ein neues Gespräch und Verständnis über die Rolle und die Notwendigkeit von Familie zu organisieren. Matussek

zufolge sollte hierbei vor allem „die katholische Kirche, die all dies in ihrem Gepäck und Arsenal hat“, als Institution vorausgehen. Themen, über die nicht mehr geredet werde, müssten wieder als wirklich wichtige Diskurse aufgegriffen werden: *„Notwendig ist eine neue Achtsamkeit dem Leben gegenüber.“*

Prof. Dr. Georg Milbradt, ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen, wandte sich den „Folgen für Staat und Wirtschaft“ zu. Er prognostizierte, dass 2035 über 30 Prozent der Menschen in Deutschland über 60 Jahre alt sein werden. Diese Entwicklung sei nicht mehr rückgängig zu machen. Hätte man sich schon in den siebziger Jahren mit der demografischen Entwicklung politisch befasst, so wären die heutigen Voraussetzungen eventuell andere. *„So aber muss man sich der Situation stellen“*, erläuterte der ehemalige Ministerpräsident den Status quo. Die umlagefinanzierten Sicherungssysteme würden künftig nicht mehr funktionieren: *„Die Änderungen der Altersstruktur, bedingt durch den Rückgang der Geburtenziffern und die Überalterung der Gesellschaft, haben eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung, den Rückgang von Schülern, Auszubildenden und Studenten und folgerichtig einen Anstieg der Rentnerzahlen, vor allem bei den über 80-Jährigen und bei den Männern, zur Folge.“* Diese unabänderliche Situation, so die Auffassung Milbradts, führe zu einer Mehrbelastung der erwerbsfähigen Bevölkerung: *„Auf 1000 Erwerbstätige kommen circa 700 Empfänger von Unterstützungsleistungen.“*



Dr. Hildegard Stausberg im Gespräch mit Prof. Dr. Georg Milbradt

Aus der demografischen Entwicklung ergäben sich unweigerlich auch ökonomische Konsequenzen. Die Zahl der Beschäftigten und auch die Arbeitslosigkeit sanken zwar, aber das Problem der beruflichen Qualifikation bleibe weiterhin bestehen. Die Innovationskraft, also die Bereitschaft, Risiko zu tragen, sei in einer alternden Bevölkerung ebenfalls nicht so ausgeprägt wie in einer jungen Gesellschaft, gab der Volkswirt zu denken. Das BIP werde kaum noch wachsen und letztlich langfristig sinken, ebenso das Wirtschaftswachstum und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Die demografische Entwicklung bringe auch finanzpolitische Konsequenzen mit sich. So werde die relative Last der Schulden – selbst wenn keine neuen Schulden hinzukämen – steigen, da sich die Pro-Kopf-Verschuldung auf immer weniger Menschen verteilen werde, hielt Milbradt fest.

Angesichts dieser Entwicklung seien seiner Auffassung nach verschiedene politische Handlungsebenen notwendig geworden: *„Notwendig ist vor allem eine saubere und langfristige Analyse der Situation bis jenseits des Jahres 2030, denn Bevölkerung ist ein vorhersehbarer Faktor.“* Folgerichtig müssten dann Leistungen in dünn besiedelten Regionen abgebaut werden.

Weiter nötig sei auch, ein Problembewusstsein zu schaffen und um Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung und der lokalen Politik auf kommunaler Ebene zu werben, damit die Ursachen der Entwicklung langfristig bekämpft werden könnten. Aus den gegebenen Umständen leiteten sich folgende, zugegeben politisch schwer kommunizierbare Handlungserfordernisse und Anpassungsstrategien ab: eine Notwendigkeit zur Flexibilisierung aller Bereiche (*„Alles muss auf den Prüfstand!“*), ein Personalabbau und -umbau im öffentlichen Dienst, eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit besonders zur Anwerbung von Hochqualifizierten (*„Deren Knappheit wird sich dann in den Preisen niederschlagen!“*), die Erhöhung der Altersgrenze beim Renteneintrittsalter und vor allem die Schaffung einer offenen Gesellschaft. Allerdings gebe es in der Politik keine Vorbilder; Bevölkerungspolitik sei wegen der dringend notwendigen Langzeitperspektive kein Wahlkampfthema.



Das Podium v.l.n.r.: Dorbritz, Matussek, Stausberg, Milbradt

In der an die Statements anschließenden Diskussionsrunde, die **Dr. Hildegard Stausberg**, Vorsitzende des Kölner Presseclubs und WELT-Journalistin, moderierte, wurde Matthias Matussek gefragt, ob er auf das Aussterben der 68er setze, um der gegenwärtigen Entwicklung besser entgegenzutreten zu können. Er antwortete, es sei sein Eindruck, dass es in der jungen Generation zumindest eine Stimmung gebe, der Entwicklung entgegenzusteuern: *„Es gibt Anzeichen für mehr Ehen und eine Bewusstwerdung von Verlusten.“*

Über die Frage, wie die Fertilitätsrate der höher gebildeten Frauen gesteigert werden könne, sprach Stausberg mit Professor Milbradt. Er sprach sich in erster Linie gegen die Ansicht aus, dass Familienpolitik Sozialpolitik sei: *„Unsere Vorstellung ist leider, dass eine Gesellschaft gleich sein muss und es gerecht wäre, wenn alle das Gleiche verdienen.“* Seiner Ansicht nach müssten folglich viel mehr positive materielle Anreize zur Familiengründung geschaffen werden. Der Staat solle lediglich eine Kompensation für diejenigen leisten, die durch Kinder Entbehrungen auf sich nehmen. *„Der Staat kann nur einen Teil des Problems lösen, das Hauptproblem sind wir selber!“*, lautete sein Fazit.

KINDHEIT ALS HEIMAT

SORGENFREIE KINDHEIT ALS AUFGABE VON FAMILIE UND GESELLSCHAFT

Klaus Zeh | Birgit Kelle | Michael Huss | Wolfgang Thielmann

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist im Wesentlichen ein Euphemismus zur Mobilisierung der Mütter für die volle Erwerbstätigkeit.
- Der Staat maßt sich die Kompetenz zur Erziehung der Kinder an.
- Fremdbetreuung wird als Norm propagiert, ist aber tendenziell schädlich und kann die Erziehung der eigenen Kinder so gut wie nie adäquat ersetzen.

Dr. Klaus Zeh, Präsident des Deutschen Familienverbandes und ehemaliger Minister für Soziales, Familie und Gesundheit im Freistaat Thüringen, äußerte die Einschätzung, dass es politisch gewollt für Familien wieder das Beste zu sein scheine, *„wenn Fremdbetreuung organisiert wird“*. Zeh selbst ist indes ein Befürworter des Subsidiaritätsprinzips: Es müsse von staatlicher Seite Hilfe zur Selbsthilfe geben, wo sie nötig sei.

Deshalb müsse heimische Erziehungsleistung in gleicher Weise honoriert werden wie außerhäusliche Betreuung. Der ehemalige Minister kritisierte den Demografiegipfel der Bundesregierung: *„Letztlich ging es nicht mehr um die Kernfragen des Problems.“* Stattdessen seien in den Diskussionen Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der

Zuwanderung und der Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt fokussiert worden.

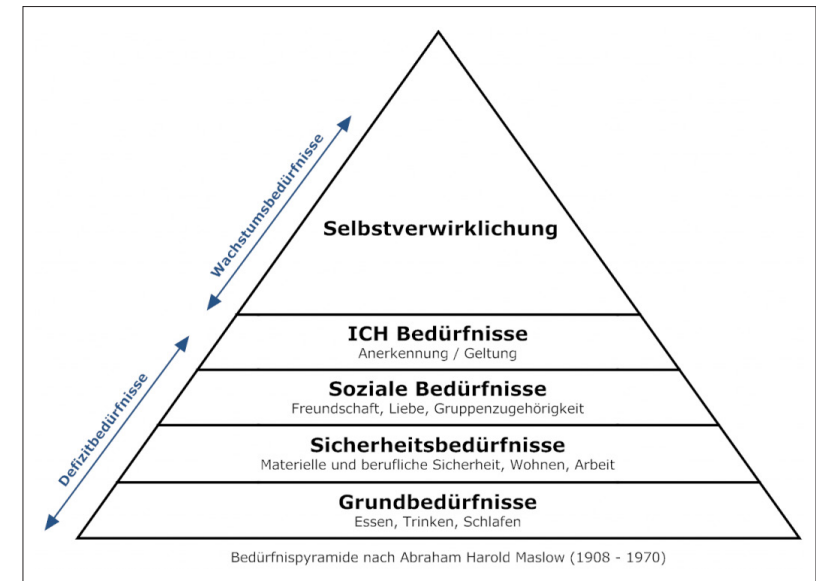
In der DDR habe ‚Brave New World‘ die vollstaatliche Versorgung des Menschen von der Wiege bis zur Bahre bedeutet, kurz: *„Der Staat lenkt und denkt.“* Die Familien, so Zeh, sollten lediglich für den Nachwuchs sorgen, ihn aber nicht umsorgen. Auf diese Weise sollten sozialistische Menschen geformt werden, doch im Ergebnis sei das System *„krachend gescheitert!“*, so Zeh weiter. Das hierin ausgedrückte Misstrauen, dass Eltern ihre Kinder nicht erziehen könnten, sei untragbar. Daher befänden wir uns in einer Art ‚Kulturkampf‘ um die Hoheit über die Kinderbetten zwischen dem Staat und den Familien, die in ihrem Zusammenleben und in der Erziehung souverän sein wollten. Zehs Appell lautete folgerichtig: *„Eltern wissen am ehesten, was für ihre Kinder gut ist!“*

Birgit Kelle, Vorsitzende von Frau2000 plus e.V., kritisierte *„Die Mobilisierung der Mütter für eine volle Erwerbstätigkeit“*. Insgesamt gebe es zu wenig Raum in der Gesellschaft für Mütter, die gerne Mütter seien. In der öffentlichen Diskussion seien ihrer Einschätzung nach zwei Probleme virulent: der demografische Wandel und der damit verbundene Arbeitskräftemangel. *„Beide Probleme“*, so die Journalistin, *„bedrohen den Wohlstand aller, und beide Probleme kann die Frau lösen.“* Dazu müsse sie die Kinder bekommen, dürfe sie gleichzeitig aber nicht selbst großziehen. Kelle zeigte sich sicher, dass Frauen beides wollten: Kinder und Berufstätigkeit, *„aber nicht zwangsweise gleichzeitig“*.

Nach Ansicht Kelles ist die Elternschaft abgewertet und ausgetauscht worden. So sei Kinderreichtum in früheren Generationen immer ein Garant für Reichtum gewesen. Heute sei dies umgekehrt. Auch im Unterhaltsrecht werde Kindeserziehung inzwischen hart bestraft. Daher lautete ihr Fazit, dass echte Wahlfreiheit heißen müsse, alle Lebensentwürfe gleichwertig zu unterstützen – auch in finanzieller Hinsicht.

Prof. Dr. med. Michael Huss, Diplompsychologe und Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie an der Universitätsklinik Mainz, befasste sich aus wissenschaftlicher Sicht mit dem Thema Fremdbetreuung. Er betonte die herausragende Wichtigkeit von Bindung für Kinder. Dabei entscheide die Verfügbarkeit eines Menschen darüber, ob er Bindungsperson für ein Kleinkind sei. Ohne diese wichtige Bindung werde ein Kind mit größter Wahrscheinlichkeit verhaltensauffällig, so

Huss. Und weiter: *„Ein Kind muss ein Nest haben und hat einen Anspruch auf stabile Bindungen.“*



Die Maslow'sche Bedürfnispyramide

Eine Familie sei im Idealfall eine gesunde Triade aus Vater, Mutter und Kind. Aus eigener Erfahrung als Vater dreier Kinder deutete der Mediziner dies folgendermaßen: *„Man macht als Familie etwas ganz Normales, was aber als unnormale gilt.“* Dabei führe zu viel Kontrolle unweigerlich auch zu einer gewissen konfliktscheuen Grundeinstellung der Eltern. Schwierig seien auch sogenannte ‚Prinzchen‘, die hinsichtlich der erforderlichen Lernprozesse häufig auffällig würden, so der Diplompsychologe. Letztlich, so das Fazit, bestehe die Kunst der Erziehung darin, den Kindern gleichzeitig Schutz und Weltoffenheit zu bieten.

Im Rahmen der von **Wolfgang Thielmann**, dem stellvertretenden Redaktionsleiter von *„Christ und Welt“*, geführten Gesprächsrunde gab Birgit Kelle zu denken, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Regelfall leider eine Addition von Beruf und Familie sei, was sie für problematisch hielt. Auch die Aussage, das man ‚nur‘ Mutter und Hausfrau sei, hielt die Journalistin für überholt: *„Man muss sich nicht dafür entschuldigen.“* Dr. Klaus Zeh appellierte an die Politik, endlich eine echte Wahlfreiheit für Familien zu schaffen. Er empfahl dazu das vom Deut-

schen Familienverband erarbeitete „*Betreuungsbudget*“ für die ersten drei Lebensjahre des Kindes. Wenn den Eltern der Betrag zur Verfügung stehe, den die staatliche Gemeinschaft für eine institutionelle Betreuung mindestens investiere, so könnten diese das Beste für ihr Kind wählen. Die einen träten als Kunden gegenüber einer guten externen Betreuung auf, den anderen würde ein zeitweiliger Verzicht auf Erwerbsarbeit und Zeit für das Kind ermöglicht. Und viele könnten, vor allem im dritten Lebensjahr des Kindes, eine Mischform als Übergang in eine vorschulische Bildung und Betreuung wählen.

DIE DEUTSCHEN STERBEN AUS! VIVE LA FRANCE!

FAMILIENPOLITIK IM VERGLEICH

Christian Baldauf | Nadine Morano | Gérard-François Dumont | Albin Nees

- Im Gegensatz zu Deutschland gestaltet Frankreich eine aktive Bevölkerungspolitik mit finanziellen Leistungen und Angeboten für Familien.
- Deutschland braucht eine aktive Bevölkerungspolitik mit finanziellen Leistungen und Angeboten für Familien, um die Geburtenrate zu steigern.
- Politische Entscheidungen müssen hinsichtlich ihrer Wirkungen auf die nächsten Generationen überprüft werden.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im rheinland-pfälzischen Landtag **Christian Baldauf** erinnerte daran, dass es sich beim demografischen Wandel um langfristige Wirkungen von Jahrzehnten des Geburtenrückgangs handele. *„Es ist ein Unterschied, ob ein ganzes Land auf kontinuierliches Wachstum konzentriert ist oder ob die Schrumpfung fortschreitet.“* Hinsichtlich des viel diskutierten Fachkräftemangels sah Baldauf die Idee, junge Menschen aus den europäischen Krisenländern nach Deutschland zu holen, nicht nur positiv: *„Sobald die Krise überwunden sein wird und eine Gesundung eintritt, werden diese Nachwuchskräfte wieder in ihre Länder zurückkehren – mit unübersehbaren Folgen für unsere sozialen Sicherungssysteme.“* Für den Politiker sei daher eine offene Diskussion über die

demografische Entwicklung notwendig, die die Menschen insgesamt für die Problematik sensibilisiere sowie die Familienpolitik in echte Bevölkerungspolitik umwandle.

Nadine Morano, Familienstaatssekretärin der Regierung Sarkozy, formulierte die Prämisse der französischen Familienpolitik folgendermaßen: *„Die Familie ist der Stützpfeiler der Gesellschaft!“* Sie sei hervorragend strukturiert und organisiert. Sie basiere auf dem unbedingten Willen, die Geburtenrate von derzeit circa 800.000 Geburten pro Jahr hoch zu halten. Daher sei die französische Familienpolitik auch darauf ausgerichtet, Geburten zu begünstigen und gleichzeitig die Berufstätigkeit der Mütter zu fördern und zu ermöglichen – meist mittels Steuererleichterungen. Die ehemalige Familienstaatssekretärin legte die französische Auffassung dar, dass Familienpolitik keine vertikale, sondern vielmehr eine horizontale Umverteilung sei und demnach keine Sozial-, sondern Bevölkerungspolitik.



Nadine Morano, ehemalige Familienstaatssekretärin der Regierung Sarkozy

Außerdem stellte sie das weit ausgebauten Betreuungsangebot in Frankreich vor. Die verschiedenen Betreuungsmodelle reichten in Frankreich von der École maternelle, einer Art Vorschule für Kinder auch unter drei Jahren, bis hin zu kleinen wohnortnahen Betreuungseinrichtungen in sozialen Brennpunkten, den sogenannten ‚Hoffnungen der Vororte‘. Zudem gebe es zur Finanzierung der Kinderbetreuung ein zusätzliches Kindergeld für Eltern, die Schichtarbeit leisteten. Morano ergänzte diese Maßnahmen noch: *„Wenn wir Kinder wollen und arbeiten, dann muss man diese Maßnahmen ausbauen, um das System zu erhalten.“*

Aktuell werde die französische Familienpolitik jedoch schlecht fortgeführt, da unter Hollande die Steuerbegünstigungen für Familien zurückgefahren worden seien und somit vor allem Familien mit mittlerem Einkommen inzwischen stärker belastet würden. Der familienpolitische Haushalt weise gegenwärtig ein Defizit auf, da aus diesem teils auch Renten bezahlt würden, erklärte sie. Morano formulierte den Wunsch, *„dass man in einigen Jahren darüber sprechen kann, dass sich Deutschland und Frankreich hinsichtlich der Familienpolitik weiterentwickelt haben“*.

Prof. Gérard-François Dumont, Professor für Demografie an der Sorbonne Paris, veranschaulichte die gegenwärtige Situation geringer Geburtenzahlen in ganz Europa mit der Metapher eines ‚demografischen Winters‘. Er verdeutlichte, dass sich die Entwicklung der Fruchtbarkeit vor allem in zeitlicher Hinsicht zwar sehr unterscheide, dass aber in allen Ländern Europas die Fruchtbarkeit gesunken sei. Hinsichtlich der Geburtenzahlen in Deutschland erklärte er: *„Die Zahl der Geburten in Deutschland ist abnormal hinsichtlich der Tatsache, dass Deutschland das bevölkerungsreichste Land in Europa ist.“*

Die Gründe für die Abnahme der Geburtenzahlen seien innerhalb Europas sehr unterschiedlich, obwohl die Länder Europas doch in ganz ähnlichen Gesellschaftsordnungen lebten. Professor Dumont erklärte dies mit dem Migrationseffekt und der statistischen Auswirkung von Mehrkindfamilien: *„Die Geburtenzahl hat stark zu tun mit der Zahl der Migranten im jeweiligen Land: In Frankreich zeugen die Migranten überdurchschnittlich viele Kinder; in Deutschland ist die Zahl derer, die in einer Ehe keine Kinder bekommen, viel höher als in Frankreich, und in Frankreich ist die Zahl der Familien mit drei und mehr Kindern relativ hoch.“* In Deutschland, so Professor Dumont weiter, seien Mehrkindfamilien nicht gut anerkannt.

Gleichzeitig würden in Frankreich statistisch gesehen viel mehr Kinder außerhalb der Ehe geboren als in Deutschland, wo die Zahl der unehelichen Kinder geringer sei.



Prof. Dumont, Demografieexperte der Sorbonne, Paris

Zudem erläuterte der Demografieforscher den Zusammenhang zwischen Familienpolitik und Fruchtbarkeit: *„Die Franzosen vertrauen ihrer Bevölkerungspolitik. Gleichzeitig haben die europäischen Länder mit wenig finanziellen Aufwendungen für Familien die geringsten Fruchtbarkeitsraten und umgekehrt. Hierbei ist Deutschland ein Sonderfall ohne positive demografische Wirkung.“* Nach Auffassung Dumonts beruht der Erfolg von Familienpolitik auf den Maßnahmen der Politik, vor allem auch auf lokaler Ebene, denn die Bevölkerungspolitik bleibe in Frankreich ungeachtet der jeweiligen Regierung gleich. Insgesamt betrachtet sei Familienpolitik daher ein wichtiges Mittel, um die Fertilitätsrate hoch zu halten, die in Frankreich gegenwärtig 20 bis 30 Prozent höher liege als der europäische Durchschnitt. Sein Fazit lautete: *„Wir müssen darauf bestehen, dass Familienpolitik wichtig ist, denn die zunehmende Alterung in Europa wird Kosten nach sich ziehen, die niemand wird tragen können.“*



Dr. Albin Nees, Staatssekretär a.D.

Dr. Albin Nees, ehemaliger Staatssekretär im sächsischen Staatsministerium für Soziales, stellte die Frage in den Raum, ob die demografische Entwicklung lediglich verwaltet oder auch gestaltet werden solle. Die klar erkennbaren Veränderungen der Familienstrukturen beträfen ganz Europa. Insofern sei auch der Handlungsauftrag gesamteuropäisch.

Der ehemalige Staatssekretär erläuterte sein Konzept und seine Forderung nach einer seiner Meinung nach dringend notwendigen Einführung einer *„Familienverträglichkeitsprüfung“*. Gemeint sei hier, bei allen politischen Entscheidungen nicht nur an sich, sondern auch an die nächste und übernächste Generation zu denken, *„so, wie es Familien üblicherweise tun“*. Der Beitrag, den Familien für die Gesellschaft leisteten, sei vielen zu wenig bewusst: *„Um unserer Zukunft willen müssen alle gesellschaftlichen Vorhaben daraufhin geprüft werden, ob sie familien- bzw. demografieverträglich sind. Dies gilt bei der Neuverabschiedung von Gesetzen, bei der Gesetzesinventur und auch beim Unterlassen von Initiativen.“* Demnach bedeute eine Demografie- oder Familienverträglichkeitsprüfung, sicherzustellen, dass der aus dem Handlungsauftrag Demografie erwachsende Anspruch an die jeweilige Maßnahme erfüllt werde.

Sehr kritisch beurteilte Dr. Nees die offenbar unzureichende Bereitschaft der Politik, die familienrelevanten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen. „*Angesichts der schnellen Umsetzung der steuerlichen Gleichstellung der Homoehe kann dies nur verwundern*“, äußerte er. Ein Familiensplitting im Steuerrecht zusätzlich zum Ehegattensplitting und einen höheren Steuerfreibetrag für Kinder hält Dr. Nees für dringend erforderlich. Außerdem müsse das Elterngeld die Mehrkindfamilien dadurch stärken, dass der Geschwisterbonus erhöht und die Bezugsdauer für das zweite und dritte Kind sowie für weitere Kinder verlängert werde.

FÜR DEN SCHUTZ DES MENSCHLICHEN LEBENS VOM ANFANG BIS ZUM ENDE!

Karl Kardinal Lehmann

- Ist Fremdbetreuung als Norm mit dem „guten Leben“ vereinbar?
- Der demografische Wandel stellt die Gesellschaft vor schwierige ethische und moralische Fragen.

Karl Kardinal Lehmann bezog mit der vorchristlichen Erkenntnis „*Alles strebt nach Leben!*“ Stellung zur Frage des Lebensschutzes.

Vor allem bei der Betrachtung des Lebensbeginns hätten die Möglichkeiten hoch entwickelter Technik dazu geführt, dass wir das „*Staunen vor dem Wunder des Lebens*“ verloren hätten. Er erinnerte weiter daran, dass es eine stete Zweisplätigkeit bei der Behandlung des Lebens gebe: „*Wir stärken Leben, wenn es schwach ist; wir sind aber nicht zurückhaltender geworden im Töten.*“ Aus diesem Spannungsbogen von Schaffen und Schaden komme der Mensch nicht heraus.

Wie aber solle der Mensch seine Stellung in der Welt verstehen? Nach christlicher Auffassung habe er einen Ordnungsauftrag, so der Kardinal. Er dürfe aber nicht vergessen, dass er selbst ein Geschöpf sei, und deshalb das Maß im Umgang vor allem mit Seinesgleichen nicht aus den Augen verlieren. In den sensibelsten Zeiten des Lebens, also am Anfang und

am Ende, werde die Schwäche des Menschen daher besonders deutlich. Die Ehrfurcht vor dem Leben lebe in vielen Religionen und Weltanschauungen, hielt Kardinal Lehmann fest: *„Wir sind nicht selbst Schöpfer von Leben, sondern darauf angewiesen, dass uns Leben geschenkt wird. Hieraus ergibt sich die Unverfügbarkeit des Lebens schlechthin.“*

Diese Voraussetzungen führten zu einem Verständnis darüber, dass sich ohne ein eigenes Lebensrecht des Ungeborenen auch kein generelles Tötungsverbot ergebe. Im Weiteren diskutierte Kardinal Lehmann die Frage nach dem Lebensrecht des frühen Embryos und den forschungsmedizinischen Umgang mit Embryonen. Zum Lebensschutz für frühe Embryonen führte er zusammenfassend vier Grundargumente an: erstens die humanspezifische Entwicklung des Menschen *„als Mensch von Anfang an“*, zweitens die Potentialität zur vollständigen menschlichen Entwicklung hin, drittens die Kontinuität der embryonalen Entwicklung und viertens die Individualität, da durch das Verschmelzen von Samen und Eizelle eine für das Individuum einheitliche und vollständige genetische Information entstehe. Mit Recht werde dem Embryo daher Personalität zuerkannt, so Lehmann, *„und ein eigenes Recht auf Existenz und Achtung“*.

Er schloss seine Ausführungen mit den Worten aus Psalm 139: *„Herr, du hast mich erforscht und du kennst mich. Wo ich sitze oder stehe, du weißt von mir. Von fern erkennst Du meine Gedanken. Wo ich gehe oder ruhe, es ist Dir bekannt; du bist vertraut mit all meinen Wegen. Du umschließt mich von allen Seiten und legst deine Hand auf mich. So wunderbar ist für mich dieses Wissen, so hoch, ich kann es nicht begreifen. Denn du hast mein Inneres geschaffen, mich gewoben im Schoß meiner Mutter. Ich danke dir, dass du mich so wunderbar gestaltet hast. Ich weiß, staunenswert sind deine Werke. Als ich geformt wurde im Dunkeln, kunstvoll gewirkt in den Tiefen der Erde, waren meine Glieder dir nicht verborgen. Deine Augen sahen, wie ich entstand. In deinem Buch war schon alles verzeichnet. Meine Tage waren schon gebildet, als noch keiner von ihnen da war. Wie schwierig sind für mich, o Gott, deine Gedanken, wie gewaltig ist ihre Zahl. Wollte ich sie zählen, es wären mehr als der Sand. Käme ich bis zum Ende, wäre ich noch immer bei dir. Erforsche mich, Gott, und erkenne mein Herz. Prüfe mich und erkenne mein Denken. Sieh her, ob ich auf dem Weg bin, der ich kränkt, und leite mich auf dem altbewährten Weg.“*

FAMILIENPOLITIK ALS ZUKUNFTSPOLITIK

Kurt Biedenkopf | Hermann Adrian | Susanne Conrad | Birgit Kelle

- Es wird von staatlicher Seite versucht, in die Familien ‚hineinzuregieren‘.
- Familien werden in den Sozialsystemen zunehmend diskriminiert, indem ihre Erziehungsleistungen nicht angerechnet werden; die Kosten werden privatisiert und der Ertrag sozialisiert.
- Die Politik braucht bei der Gestaltung des demografischen Wandels den Rückhalt der Bevölkerung.
- Aus Rentenbeiträgen darf niemals ein Anspruch an fremde Menschen erwachsen.
- Das Bild der Familie in der Öffentlichkeit ist negativ verzerrt.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, ehemaliger Ministerpräsident des Freistaats Sachsen und Vater von drei Kindern, formulierte seine Einschätzungen zum Thema Familienpolitik mithilfe einer Fragestellung: *„Wie können wir es schaffen, Familien gerecht zu behandeln?“*

Zunächst definierte er hierbei das ‚Wir‘. Dem Subsidiaritätsprinzip folgend seien damit zuerst die unmittelbar die Familie umgebenden Strukturen (Familie, Freunde, Nachbarn, etc.) gemeint, die im Alltag der Familien eine Rolle spielten, also die ‚kleinen Lebenskreise‘. Auf den nächsten Ebenen kämen

dann kommunale Strukturen und letztlich gesamtstaatliche Strukturen hinzu.

Was aber ist in diesem Zusammenhang „gerecht“? Der ehemalige Ministerpräsident gab zu bedenken, dass innerhalb der Familien eine große Bandbreite von Lebenslagen vorherrsche, die nicht zwangsweise in Hilfsbedürftigkeit mündeten. Vielmehr seien die Probleme, denen sich Familien vielfach gegenübergestellt sähen, struktureller Art. Sein Ansatz lautete daher: Grundlagen und Freiraum für alle Familienformen schaffen! *„Politisch ist zu unterscheiden zwischen der Erkenntnis eines Sachverhalts und der Erkenntnis dessen, was sein sollte. Was politisch sein sollte, kann sich allerdings nicht allzu weit von der Realität entfernen.“*



Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident a.D

Kritisch beurteilte Professor Biedenkopf die politische Tendenz, die Familien nicht bloß zu schützen, sondern sie auch zu beeinflussen und durch vielfältige Maßnahmen in sie hineinzuwirken. Seinen Befund bezüglich der gegenwärtigen Familienpolitik formulierte er folgendermaßen: *„Die finanzielle Förderung der Familie durch den Staat ist der Ausgleich für den Nutzen, den der Staat und alle von den Familien haben!“* Den Hauptgrund für die Diskriminierung der Familie sah Biedenkopf in den Sozialsystemen, vor allem aber im Rentensystem. Hier halte man an Strukturen fest, die aus dem 19. Jahrhundert stammten und die auch in der ersten

Hälfte des 20. Jahrhunderts noch Gültigkeit besessen hätten. *„Der Rückgang der Geburtenrate wurde zunächst für eine konjunkturelle Entwicklung gehalten und daher nicht weiter gedacht. Verkannt wurde auch, dass sich die Lebensentwürfe und Rollenbilder verändert hatten“,* so Biedenkopfs Kritik.

Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Familienleistungen und dem Nutzen des Staates lässt sich Biedenkopf zufolge diese uneingeschränkt geltende Einschätzung formulieren: *„Die Kosten für das Aufziehen von Kindern sind privatisiert, der Nutzen hingegen ist sozialisiert.“* Alle besäßen einen Anspruch auf das, was Familien geleistet hätten. Diese arbeiteten dagegen praktisch umsonst, da sie rund 77.000 Euro im Laufe eines Kindeslebens mehr investierten, als sie vom Staat bekämen. Die umlagefinanzierten Sozialsysteme verteilten zunächst zwar auch zwischen den Generationen, letztlich aber auch innerhalb der jeweiligen Generation, erinnerte der ehemalige Ministerpräsident. *„Eine Zukunftssicherung und Vorsorge ist nur in zweierlei Hinsicht möglich. Entweder hat man Kinder, oder man bildet Kapital. Die geburtenstarken Jahrgänge haben beides nicht gemacht!“* Als Grund hierfür benannte er den durch die Sozialisierung des Kindernutzens erzeugten und weit verbreiteten Eindruck, dass auch die Kinderlosigkeit im Alter absichere. Zudem habe die Vorstellung von einer Grundsicherungsleistung, also dem Anspruch des Einzelnen an die Gemeinschaft, laut einem Verfassungsgerichtsurteil seinen Ursprung in der grundgesetzlich verbürgten Menschenwürde, nicht aber in einem parlamentarisch – und somit demokratisch – gefassten Beschluss.

Diese fehlerhaften Strukturen seien jedoch nicht aus sich selbst heraus veränderbar, sondern müssten vielmehr ganz neu organisiert werden. Niemand aber könne die Auswirkungen eines Eingriffs in das System vorhersehen. Dennoch lautete sein Appell: *„Wir müssen Reformen von den Abgeordneten verlangen! Und die Bürger müssen das Versprechen geben, die Abgeordneten nicht im Stich zu lassen, wenn sie solche politischen Entscheidungen mittragen.“* Auch mahnte Biedenkopf an, dass es die Pflicht der Zivilgesellschaft sei, Kindern ein Leben mit Chancen zu ermöglichen und einen gerechten Nutzen-Lasten-Ausgleich zu schaffen. Das Subsidiaritätsprinzip spiele dabei als die *„Verfassung der Freiheit“* eine entscheidende Rolle: *„Um diese Freiräume konkurriert der Einzelne heutzutage mit dem Staat, denn die Freiräume wurden verstaatlicht. Bürgerliches Engagement kann sich hier nicht mehr entwickeln, da die Freiräume besetzt sind.“*

Daraus folgte Biedenkopfs Überzeugung, dass Familienpolitik niemals isoliert betrachtet werden dürfe, sondern immer auch die Verbindungen zu beachten seien, die sich mit anderen Politikfeldern ergäben. *„Die Probleme der Familien sind nicht ohne Beachtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu lösen.“* So schlug er ein weiteres Reformprojekt vor, das dringend notwendig sei: Die Lohngestaltung solle nicht mehr altersabhängig ausschließlich zugunsten des Alters ausgerichtet werden. Vielmehr müsse ein Ausgleich in Belastungshochzeiten, also beispielsweise während der Phase der Familiengründung, geschaffen werden. *„Denn“,* so Biedenkopf abschließend, *„die Transferleistungen von den Großeltern hin zu den Enkeln ist groß und gleicht lediglich eine ungerechte Fehlentwicklung aus.“*

Prof. Dr. Hermann Adrian, Physiker an der Universität Mainz und Experte für Demografie und Volkswirtschaft, wandte sich der Frage *„Warum zeigt unsere Familienpolitik keine Wirkung?“* zu. Er führte aus, dass jedes Kind durch die Erhöhungen des Kindergeldes seit dem Jahr 2000 um nominal 46 Euro pro Monat und durch die Einführung des Elterngeldes seit 2007 um insgesamt durchschnittlich 30.000 Euro zusätzlich gefördert werde. Zur Enttäuschung der Politik habe das die Geburtenrate jedoch nicht steigern können, im Gegenteil: *„Seit 40 Jahren fehlt jedes Jahr ein Drittel der Kinder.“*



Prof. Dr. Hermann Adrian, Experte für Demografie und Volkswirtschaft

Um zu verstehen, warum in Deutschland und in vielen anderen Ländern Europas so wenige Kinder geboren würden, müsse man die vollständig oder teilweise durch Umlage finanzierten Sozialsysteme grundsätzlich analysieren. Durch die Zahlung von Sozialbeiträgen finanzierten die Erwerbstätigen die Renten, einen großen Teil der Krankenkosten und die Pflegekosten ihrer alten Eltern. Diese Zahlungen seien ökonomisch eine Rückzahlung von Schulden, da die Eltern die Kosten für die Kinder in Kindheit und Jugend getragen hätten. Aus der Rückzahlung von Schulden können nach Auffassung Adrians jedoch keine Ansprüche abgeleitet werden. Genau hier aber liege der grundlegende Fehler der Sozialversicherungen: *„Durch die Beitragsbezogenheit der Rentenversicherung wird die Umlagerente so behandelt, als wäre sie eine kapitalgedeckte Rente.“*

Adrian zufolge steht eine Rente aus Beiträgen der Erwerbsgeneration nur denjenigen alten Menschen zu, die Mitglieder dieser Erwerbsgeneration aufzogen, die Kosten hierfür getragen und die nötige unbezahlte Arbeit geleistet haben. Weiter lautete seine Argumentation: *„Wer keine Kinder aufgezogen hat, hatte keine Kosten für Kinder zu tragen. Von diesen Personen muss man verlangen, die ersparten Kinderkosten kapitalgedeckt anzulegen, um daraus im Alter die eigene Rente sowie ihre Krankheits- und Pflegekosten zu finanzieren und nicht in ungerechter Weise fremden Kindern zur Last zu fallen.“* Heute sei genau das Gegenteil realisiert: *„Wer keine Kinder aufgezogen hat, erbringt keine Leistungen für das eigene Alter und bekommt trotzdem im Durchschnitt mehr Rente als Eltern.“*

Laut Adrian vollzieht sich die Ausbeutung der Familien zugunsten der Kinderlosen in mehrfacher Hinsicht: erstens durch bereits erfolgte und weitere geplante Absenkungen des Rentenniveaus durch den *„Demografischen Faktor“* in der Rentenformel auf 43 Prozent. Dadurch würden auch Familien mit zwei oder mehr Kindern gezwungen, zusätzlich kapitalgedeckt für ihr Alter vorzusorgen. Diese Vorgehensweise verletze, nach Auffassung Adrians, die Grundrechte aus Artikel 6 des Grundgesetzes, insbesondere die Absätze 1 und 4. *„Der Staat handelt heute so, als stünden laut Grundgesetz Kinderlose unter besonderem Schutz“*, kritisierte der Demografieexperte.

Zweitens subventionierten alle staatlichen Ebenen Sozialsysteme und Pensionen in der Summe aller Kosten mit rund 120 Milliarden Euro, *„was nicht nötig wäre, wenn Kinderlose ihre Alterskosten durch eine kapitalge-*

deckte Versicherung selbst tragen würden und nicht vom Staat beschenkt würden“. Um Steuermittel in dieser Höhe hierfür aufwenden zu können, sei die Steuerbelastung der Erwerbstätigen, d.h. der erwachsenen Kinder der Familien, höher als sonst notwendig wäre. Gleichzeitig vernachlässige der Staat Zukunftsinvestitionen wie Erneuerung der Infrastruktur und Verbesserung der Bildungseinrichtungen. Adrian weiter: *„Der Staat lebt von der Substanz, er beeinträchtigt damit die Zukunft der erwachsenen Kinder der Familien und zwingt sie, einen signifikanten Anteil ihres Einkommens abzugeben, um ehemals gut verdienende kinderlose Alte zu finanzieren, obwohl es hierfür weder eine ökonomische noch eine moralische Rechtfertigung gibt.“*

Drittens habe der Staat in den letzten 40 Jahren einen riesigen Schuldenberg aufgetürmt, der bedenkenlos an eine immer kleiner werdende nachfolgende Generation weitergereicht werde. Kinderlose alte Menschen kümmerte die Zukunft nicht. Sie könnten die vom Staat durch Schulden finanzierten Wohltaten sorgenfrei konsumieren, da sie keine Nachkommen hätten. Zinszahlung und Tilgung würden zwangsläufig durch die Kinder der Familien getragen.

Im Verlauf ihres Lebens werde jede lebenslang kinderlose Person vom Staat mit durchschnittlich 300.000 Euro (kinderlose Paare mit 600.000 Euro) auf Kosten der Familien mit zwei oder mehr Kindern beschenkt. Gegen diese gigantischen Geschenke für Kinderlose könne eine leichte finanzielle Verbesserung der Familien um 30.000 Euro pro Kind keine positive Wirkung entfalten. Statt mehr Kindergeld zu fordern, müssten Familien vor allem ihre Kinder vor Ausbeutung schützen und die Abschaffung der staatlichen Geschenke für Kinderlose durchsetzen.

Professor Adrian resümierte: Von den heutigen ungerechten Gesetzen profitierten alle, die weniger als die durchschnittliche Kinderzahl aufzögen, also die lebenslang Kinderlosen und die Ein-Kind-Eltern. Zusammen seien dies bereits mehr als die Hälfte der Bevölkerung am Ende des Reproduktionsalters. Eine grundlegende demokratische Reform der Sozialsysteme erscheine deshalb kaum mehr möglich.

In der von **Birgit Kelle**, Vorsitzende von Frau2000plus e.V., Journalistin und Publizistin, moderierten Gesprächsrunde führte Professor Biedenkopf an, dass man in der Vergangenheit die Augen vor der Realität verschlossen habe: *„Die unterbliebene Anpassung der Sozialsysteme erfordert mittlerweile einen sehr viel größeren finanziellen Aufwand.“* Einsicht

müsse sich daher mit dem Gefühl der Verantwortung paaren. Professor Adrian ergänzte: *„Wohlstandsentwicklung ist nur möglich durch Bestandserhaltung.“*



Das Podium im Gespräch (v.l.n.r.): Adrian, Conrad, Kelle, Biedenkopf

Susanne Conrad, Moderatorin des ZDF-Mittagsmagazins und Mutter von drei Kindern, ergänzte das Gespräch um einen weiteren Aspekt: Was führe überhaupt dazu, dass man Kinder möchte und bekäme? Familie, so Conrad, sei nicht bloß ein ökonomisches System. *„Vielmehr muss sich das ganze System zugunsten der Familien ändern.“* Hinsichtlich der Frage, ob nicht auch die Medien durch ihr verzerrtes Bild der Familie zum negativen Familienbild insgesamt beitragen, kritisierte Conrad vor allem das medial beförderte Frauenbild: *„Vor allem Frauen werden in eine Rolle gezwängt. Heute ist es für junge Frauen viel schwerer, dem Druck zu entkommen und zu Hause zu bleiben, vor allem auch im Hinblick auf die Rente und das neue Scheidungsrecht.“* Es herrsche eine gewisse Stimmung, ein gewisses Klima vor, was die Darstellung von Familien in den Medien anbelange, meinte die Journalistin. Daher lautete ihr Appell: *„Wenn wir eine andere Art von Familienbild haben, dann müssen wir das kommunizieren! Man muss wieder frei werden von der ideologischen Debatte!“*

STADT, LAND, FLUCHT!?

Kerstin Faber | Klaus Lütkefedder | Peter Enders

- Der demografische Wandel verstärkt die Landflucht und bringt auf dem Land strukturelle Probleme mit sich.
- Die ländliche Infrastruktur muss erneuert werden, v.a. die medizinische Versorgung (MVZ's) und die Ortskerne müssen aktiv gehalten werden (Wallmeroder Modell).

Kerstin Faber, Architektin und Urbanistin sowie Dozentin für Internationalen Städtebau am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), stellte ihre Veröffentlichung „*Raumpioniere in ländlichen Regionen: Neue Wege der Daseinsvorsorge*“ vor. Ihre These lautete: „*Im ländlichen Raum ist kein Leistungsstaat mehr notwendig!*“

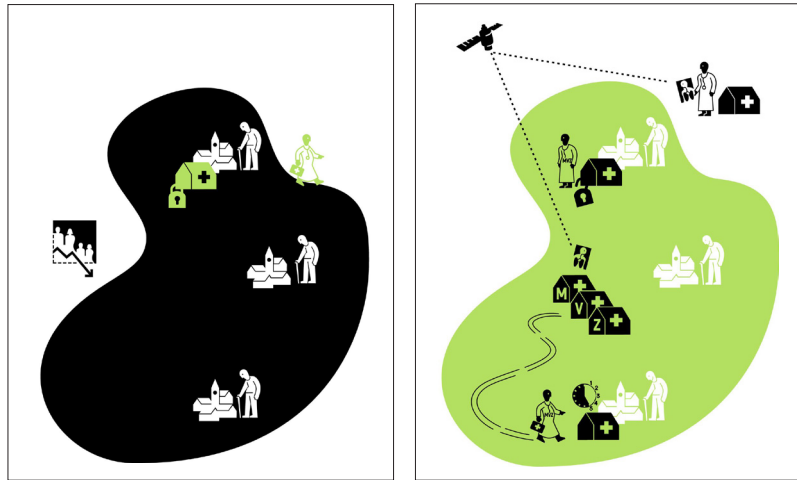
Problematische Konstellationen wie beispielsweise die Entkoppelung von Landbewirtschaftung und Landbesiedlung durch die Aufgabe historischer Feldwege, die die Dörfer von den umgebenden Landschaftsräumen abschneide, oder auch das Pendeln zum Arbeiten in die Stadt brächten weitergehende Schwierigkeiten für den ländlichen Raum mit sich, so Faber. Durch die Abwanderung sanken die Steuereinnahmen der Kommunen, was wiederum automatisch zu einer weitergehenden Einschränkung der Lebensqualität führe.



Quelle: Publikation „*Raumpioniere in ländlichen Regionen*“, herausgegeben von K. Faber und P. Oswalt für die Stiftung Bauhaus Dessau (Leipzig, 2013)

Um diesen und weiteren Nachteilen, die dem ländlichen Raum durch den demografischen Wandel und durch die Landflucht entstehen, entgegenzuwirken, arbeiten die von Kerstin Faber vorgestellten ‚Raumpioniere‘, Vordenker, die Projekte nicht nur für sich, sondern für den Raum, in dem sie leben, entwickeln. Hierbei, so die Architektin, gehe es seltener um monetäre Beteiligung, obwohl die Projekte meist unternehmerisch geführt seien. Ziel dieser vielfältigen Projekte sei es vielmehr, auch für

junge und neu zuziehende Menschen Chancen in den ländlichen Regionen zu schaffen.



Quelle: Publikation „Raumpioniere in ländlichen Regionen“, herausgegeben von K. Faber und P. Oswalt für die Stiftung Bauhaus Dessau (Leipzig, 2013)

Als Beispiel nannte die Expertin die in mittlerweile großer Zahl vor allem in Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufenen Bürgerbusvereine. Um der medizinischen Unterversorgung auf dem Land entgegenzuwirken, stellte Faber das Modell des MVZs (Medizinisches Versorgungszentrum) vor. Hier seien die praktizierenden Ärzte – anders als bislang üblich – bei den jeweiligen Zentren angestellt und nicht mehr selbstständig tätig. Somit minimierten diese ihr wirtschaftliches Risiko, das beim Praktizieren auf dem Land für Mediziner unweigerlich relevant sei. Ein weiterer Lösungsansatz für die Problemlagen im ländlichen Raum, die Faber in ihrer Publikation beschreibt: der AGZ, der Arbeitgeberzusammenschluss. Hierbei schlossen sich verschiedene Arbeitgeber zu einem zusammen und beschäftigten einen Arbeitnehmer, der jeweils dort zum Einsatz komme, wo seine Arbeitskraft gebraucht werde. So könne unter anderem der Schließung von Schulen auf dem Land und der immer umfassenderen Unterversorgung mit kommunalen Dienstleistungen entgegengewirkt werden.

Letztlich, so das Fazit Fabers, müsse man vom Ressortdenken abkommen und eine viel stärkere Verknüpfung erreichen. Dazu müsse vor allem auf der Ministerialebene stärker zusammengearbeitet werden, damit die Politik Spielräume eröffnen könne und der Staat vom Versorger zum

„Ermöglicher“ werde: „Es braucht ein anderes Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Es braucht einen kooperativen, ermöglichenden Staat.“

Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Wallmerod im Westerwald, **Klaus Lütkefedder**, stellte seinen Ansatz vor, das Dorfleben attraktiver zu gestalten. Die in seiner Verbandsgemeinde erdachte Initiative „Leben im Dorf – mitten drin“ ziele darauf ab, Infrastruktur und Ansiedlungsanreize im ländlichen Raum zu verbessern. Das Problem, so Lütkefedder, sei vor allem das Sterben der Ortskerne, mit dem auch die Attraktivität des Dorflebens insgesamt verloren gehe.

Die Strategie des sogenannten „Wallmeroder Modells“ sei es, intakte Ortskerne zu schaffen. Nach dem Prinzip ‚innen vor außen‘ versuche man vor allem das Innenpotential der Dörfer zu aktivieren und Neubaugebiete zu vermeiden, erklärte der Verbandsbürgermeister. Dabei würden in erster Linie der Erwerb und die Sanierung alter Häuser sowie die Bebauung von leeren Baugrundstücken innerorts finanziell gefördert.

Die permanente Kommunikation dieser Initiative und die Schaffung eines hohen Wiedererkennungswertes mache das Modell zu einem Erfolg. Bis heute seien 162 Projekte gefördert und realisiert worden. Etwa drei Viertel der Nutzer seien Familien mit Kindern, die meisten von ihnen seien Zugezogene, hielt Lütkefedder fest. Hierdurch seien vielerlei positive Effekte erzielt worden: Die Attraktivität der Orte sei erhöht worden, die Einwohnerzahlen seien konstant, und viele Neubürger seien hinzugekommen. „In den Ortskernen leben jetzt Jung und Alt zusammen“, erklärte der Verbandsbürgermeister. Und weiter: „Zudem haben heimische Firmen Aufträge erhalten, die vorhandene Infrastruktur wurde genutzt und musste nicht neu gebaut werden.“

Neben der Schaffung und Erhaltung intakter Ortskerne sowie einer zeitgemäßen Infrastruktur seien nicht nur aktive Generationen wichtig, die beispielsweise Generationentreffs organisierten, sondern auch eine funktionierende Dorfgemeinschaft. Der Erfolg des Modells hänge demnach sehr eng mit dem individuellen Engagement der Menschen zusammen, die im ländlichen Raum lebten und diesen selbst aktiv mitgestalten wollten. Folglich lautete Lütkefedders Fazit: „Der demografische Wandel ist nicht aufzuhalten, aber die Folgen für den ländlichen Raum und die Dörfer können abgemildert werden.“

Im Kontext der auf dem Land entstehenden Probleme durch Abwanderung und Überalterung wird immer auch über die Probleme der Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung gesprochen. Der Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie im rheinland-pfälzischen Landtag, **Dr. Peter Enders, MdL**, wandte sich daher dem Thema „*Probleme und Lösungsstrategien der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum*“ zu.

Dabei betonte er die im Vergleich zu anderen europäischen Ländern noch gute Flächenversorgung mit Fachmediziner*innen. *„Zwar sind wir hier gut versorgt, haben aber auch Probleme, vor allem damit, Hausärzte und Allgemeinmediziner in die ländlichen Regionen zu bekommen.“* Unter anderem dadurch, dass immer mehr Frauen ein Medizinstudium abschließen, sei die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer vordringlicher geworden, meinte der Abgeordnete. Durch die schlechteren Verdienstmöglichkeiten seien auch hier die Attraktivität und Anziehungskraft des ländlichen Raums geringer als die der Städte oder Ballungszentren.

Daher sah Dr. Enders auch eine Notwendigkeit von Medizinischen Versorgungszentren. Zudem müssten neue Finanzierungsansätze für die ländliche Notfallversorgung gefunden werden, die auf kommunaler Ebene geleistet werde. *„Es wird unabdingbar sein, flächendeckend ärztliche Bereitschaftsdienste zur Versorgung im ländlichen Raum einzurichten“*, so Enders. Hinsichtlich der Neuordnung von Krankenhausstrukturen gab er zu bedenken: *„Wer für Normalfälle die örtlichen Kliniken nicht nutzt – die in der Regel sehr leistungsstark sind – zerstört diese!“* Auch im Hinblick auf die Apothekenversorgung hielt er es für zumutbar, in dringenden Fällen auch einen weiten Weg auf sich zu nehmen, *„denn erfahrungsgemäß werden die Nacht- und Wochenenddienste kaum genutzt“*, hielt Enders fest.

JOB? – AUF JEDEN FALL! KINDER? – VIELLEICHT!

WIE KANN DIE ZAHL DER GEBURTEN GESTEIGERT WERDEN?

David Schumann | Birgitta vom Lehn | Silke Dierks | Elisabeth Müller |
Anja Gockel | Jürgen Liminski

- Junge Menschen sind immer weniger bereit, die finanziellen Lasten von Kindern ohne Ausgleich zu tragen.
- Der Staat muss die Benachteiligungen von Familien in den Sozialsystemen beseitigen.
- Es geht weniger um mehr staatliche Leistungen als vielmehr um Freiheit und Freiraum für alle Lebensmodelle.
- Die Leistung von Familien für die Gesellschaft muss besser anerkannt werden.

Dr. David Schumann befasste sich mit der Frage *„War und ist die Steigerung der Geburtenrate jemals ein Ziel der Bundesregierung gewesen?“* aus historischer Sicht. Eindeutig sei diese Frage nicht zu beantworten.

In der Ära Adenauer habe das Motto *„Kinder kriegen die Leute immer“* vorgeherrscht. Deshalb habe man eine pronatale Politik in diesen ersten Jahren der Bundesrepublik nicht für nötig gehalten. Ab Mitte der 60er Jahre sei die Geburtenrate aber dramatisch von 2,5 auf 1,8 Kinder pro gebärfähiger Frau gesunken. Die Ursachen für diese Entwicklung, so führte Schumann aus, seien vielfältig. Er konstatierte eine geringere Verbindlichkeit von traditionellen sozialen Werten

und Normen und den zunehmenden Ersatz familiärer solidarischer Netze durch sozialstaatliche Leistungen. Zugleich seien durch höhere Bildungsabschlüsse der Frauen auch die Opportunitätskosten für Kinder gestiegen, „also Geld, das verloren ging, wenn die Frau – gerade angesichts des höheren Akademisierungsgrads – zu Hause blieb“, erklärte der Historiker. Wie man mit der Entwicklung umgehen sollte, sei allerdings umstritten gewesen, führte Schumann aus, „denn vor dem Hintergrund der historischen Belastung durch die nationalsozialistische Eugenik und Rassenlehre war aktive Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik lange Zeit ein Tabu“.

In den 70er Jahren sei erstmals im Zuge einer Diskussion über die Auswirkung des Geburtenrückgangs auf die sozialen Sicherungssysteme von konservativer Seite über eine aktive Bevölkerungspolitik nachgedacht worden – oftmals verbunden mit der Forderung nach mehr Unterstützung für die Familie. Die sozial-liberale Koalition habe im Schrumpfen der Bevölkerungszahl dagegen keine Bedrohung gesehen, mancher Vertreter habe gar gemutmaßt, dass die zeitgenössisch wahrgenommenen Probleme wie Überbevölkerung und Ressourcenknappheit auf diese Weise gelöst werden könnten. So sei die Geburtenförderung erst wieder unter der unionsgeführten Regierung mehr in den Fokus der Familienpolitik gerückt. In den 80er Jahren seien die Auswirkungen des Geburtenschwunds durchaus erkannt worden: Die Kohl-Regierung habe argumentiert, dass es „ein Gebot der Vernunft“ sei, mit familienpolitischen Maßnahmen dem Geburtenschwund zu begegnen. Weitreichende Maßnahmen seien aber trotz einiger familienpolitischer Weichenstellungen abgelehnt worden.

In den 90er Jahren seien keine pronatalen Impulse von Seiten der Bundesregierung feststellbar, auch nicht vor dem Hintergrund des dramatischen Geburtenrückgangs in den neuen Ländern. Alle einzelnen Vorstöße seien von einem Zeitgeist abgelehnt worden, der vor allem darauf achtete, dass Kinderlose nicht benachteiligt werden dürften. Unter der rot-grünen Regierung sei ein Ansatz in der Familienpolitik, Menschen dazu zu bringen, Kinder zu bekommen, grundsätzlich abgelehnt worden. Der erste Koalitionsvertrag der Regierung Merkel habe dagegen offensiv das Motto „Wir wollen mehr Kinder!“ betont. Der Ansatz der damaligen Familienministerin Ursula von der Leyen sei in erster Linie auf die größere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichtet gewesen, so Schumann. Im Koalitionsvertrag von 2009 sei immerhin noch an einer Stelle die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für Familien und Kinder gefordert worden, „im

jetzigen Koalitionsvertrag findet sich gar keine Einlassung zum Thema *Geburtendefizit und Bevölkerungspolitik mehr*“, ergänzte der Referent.

Das Fazit von Schumanns historischer Betrachtung der pronatalen Politik der Regierungen in der Bundesrepublik lautete: Je weiter der demografische Wandel fortgeschritten sei, umso weniger sei über dessen eigentliche Ursachen gesprochen worden. Immer wieder hätte es zwar Ansätze zu einer partiellen, gezielten Förderung zur Steigerung der Geburtenraten gegeben, allerdings immer mit vielen anderen Zielen verwoben und ohne den Mut zu größeren Reformvorhaben. Der abschließende Appell des Historikers richtete sich kritisch an die Politik: „Ein erster Schritt wäre nicht zuerst eine offensiv auf mehr Geburten ausgerichtete Politik, sondern ein Ende der Benachteiligungen für Familien im bestehenden System!“

Birgitta vom Lehn, freie Journalistin und Autorin, sprach zum Thema „Kinder kommen immer zur Unzeit! Von den Grenzen der Vereinbarkeit“. Sie mahnte an, dass man sich nicht an kinderfreie Zonen gewöhnen dürfe. Viele Wohnviertel seien heute, so ihre Beobachtung, meist kinderfrei, obwohl dort offensichtlich Kinder lebten.

Die meisten Familien lebten heutzutage in einer Mischung aus kapitalistischer Arbeit und sozialistischer Betreuung. Die sogenannte ‚Quality Time‘, also die Zeit, die alle Familienmitglieder gemeinsam verbrächten, wenn alle nach Hause kämen, sei immer begrenzter. Die zweifelsohne existierende Vereinbarkeitslücke aus Familie und Beruf mache „aus Paaren Partner in der Logistikbranche, die Familie wird zur Fahrgemeinschaft“, so die Journalistin. Dieses Zeitproblem der Familien werde von der Politik nicht gelöst. Ein Problem sah vom Lehn auch darin, dass die Realität viel zu selten ehrlich dargestellt, sondern häufig beschönigt werde.

Vor allem die Elite der Gesellschaft verabschiede sich zunehmend von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und entlarve sich selbst durch ihre niedrigen Geburtenraten. Da die Geburtenzahlen ihrer Auffassung zufolge von politischer Seite nicht zu erhöhen sind, plädierte die Autorin dafür, „lieber bestehende Familien und Paare mit Kinderwunsch zu fördern und ihnen keine Steine in den Weg zu legen“. Sie argumentierte weiter: „Nicht jeder Frau muss man auftragen, Kinder zu bekommen. Auch die Kinderlosigkeit muss möglich sein.“ Kinder seien ein Naturphänomen, aber man habe gelernt, alles zu kontrollieren. Daher sei die Frage nach Familiengründung immer auch eine Frage der Bildung und der dement-

sprechenden Lehrpläne in den Schulen, die Familienfragen lehren und vermitteln müssten.

In ihrem Fazit kritisierte sie die mangelnde Akzeptanz von Familie in der Gesellschaft: *„Es wird immer nur über Belastungen durch Familie gesprochen. Familienleistungen werden aber unterschätzt und zu niedrig bewertet, und es ist nicht ehrlich, wenn gesagt wird, dass alle arbeiten gehen müssen.“* Sie befürwortete daher die Zahlung eines Elterngelds in angemessener Höhe.

Die Juristin **Dr. Silke Dierks** schilderte eindringlich, warum sie der Überzeugung sei, dass Kinder eine Bereicherung für das Leben seien. Sie sprach sogar davon, dass Kinder eine Sinnstiftung für das Leben bedeuteten. *„Mit den Augen von Kindern versteht man die Welt neu.“* Und weiter: *„Kinder bedeuten immer auch Chaos, und man muss sich auf die Unbändigkeit, auf die Lautstärke und das Leben einlassen, das mit Kindern ins Leben Einzug hält. Diese Sinnstiftung, sich auch als Erwachsener die Fähigkeit zu erhalten, die Welt mit Kinderaugen zu sehen, ist eine stete Herausforderung. Es braucht Mut, sich auf die unterschiedlichen Welten einzulassen.“*

Oftmals kollidiere die Welt der Kinder mit dem engen Zeitbudget der Eltern und Erwachsenen. Kindern stehe eine eigene, faszinierende Sichtweise der Welt zur Verfügung, die die Welt der Erwachsenen bereichern könne. *„Unbedarftheit, Unvoreingenommenheit und Naivität im Denken sind Werte, die uns Kinder lehren können. Es sind die Werte, die Innovation bedeuten und damit Zukunftsfähigkeit.“* Dierks Fazit: *„Kinder bedeuten Glück!“*

Dr. Elisabeth Müller, Vorsitzende des Verbands kinderreicher Familien in Deutschland, füllte die Aussage *„Mehr Mehrkindpolitik, bitte!“* mit Inhalt. Sie hielt fest, dass zur ausgleichenden Geburtenrehaltung 2,2 Kinder pro Frau notwendig und demnach Mehrkindfamilien nötig seien. Die Großfamilie aber sei ein Auslaufmodell. Dr. Müller rief in Erinnerung: *„Kinder bekommt man aus emotionalen Gründen, weil man sie sich wünscht.“* Statistisch betrachtet gebe es ebenso viele Einzelkinder wie Mehrgeschwisterkinder. Der Vorteil von Großfamilien bestehe darin, dass mit wachsender Geschwisterzahl das Kommunikations- und Bindungsangebot innerhalb der Familie größer werde. Je größer die Familien würden, umso härter träfen sie aber auch die Belastungen: *„Jede vierte Mehrkindfamilie*

ist armutsgefährdet!“ Höchst problematisch sei auch, dass die Erziehungsleistungen bei der Rente nicht angerechnet würden.

„Mehrkindfamilien sind kein Auslauf-, sondern ein Zukunftsmodell! Familien muss Mut gemacht werden, sich zu vergrößern!“ Die Forderungen des Verbands kinderreicher Familien ließen sich dementsprechend zusammenfassen: Erhöhung des Kinderfreibetrags und des Kindergelds, Anschubfinanzierung für das dritte Kind, Berücksichtigung der Kinderzahl bei den Rentenbezügen und Abzug des Existenzminimums der Kinder von den Sozialversicherungsbeiträgen der Eltern. Dies alles liefe unter dem Motto: *„Unsere Kinder – eure Zukunft!“*

Politische Herausforderungen

Steuerliche Entlastung	Anerkennung der Erziehungsleistung	Kinderbetreuung und Weiterbildung
- Erhöhung des Steuerfreibetrags für Kinder bzw. des Kindergelds - Anschubfinanzierung für das 3. Kind	- Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Berechnung der Rentenbezüge im Alter - Abzug des Existenzminimums der Kinder von den Sozialversicherungsbeiträgen der Eltern	- Auch Kinderreichen ist die Investition in eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung wichtig! - Qualifizierungsmaßnahmen während der Elternzeit zur Erleichterung des Berufswiedereinstiegs - auch nach längerer Elternzeit

Die zentralen Forderungen des Verbands kinderreicher Familien in Deutschland

Die Modedesignerin **Anja Gockel**, international überaus erfolgreiche Unternehmerin und selbst vierfache Mutter, plädierte ebenso wie Dr. Silke Dierks in ihrem Statement zum Thema *„Kinder – Familie – und ein eigenes Unternehmen! Warum eigentlich nicht?“* für das Leben in und mit Familie. Sie äußerte allerdings auch den Wunsch, dass die Vielfalt in der Gesellschaft unterstützt werden solle: *„Wir sind alle Individuen, und daher sind auch unsere Freiheitsempfindungen verschieden.“* Das Problem der öffentlichen Meinung über Familien sieht sie in der medialen Vermittlung begründet: *„Es wird vorgegaukelt, dass Mindermeinungen der Mehrheit entsprechen.“*



Das Podium v.l.n.r.: Birgitta vom Lehn, Dr. Silke Dierks, Jürgen Liminski (Moderation), Dr. Elisabeth Müller, Anja Gockel, Dr. David Schumann

Auch Anja Gockel unterstützte die These vom Chaos, das man mit Kindern in sein Leben hole: *„Unsere Vorstellungen, wie alles zu funktionieren hat, sind nicht die Vorstellungen unserer Kinder. Kinder machen intuitiv das, was sie dem Glück näher bringt.“* Angesichts des Fachkräftemangels, den die Designerin auch in ihrer Branche beobachtet, konstatierte sie folgendes Problem: *„Wir sagen nicht jedem: Ja, du kannst! Und ich helfe dir dabei!“* Ebenso häufig sei dies der Fall hinsichtlich der Familiengründung junger Menschen. Sie äußerte, dass nur das Kinderkriegen sinnstiftend sei, da nichts ansonsten nach dem Tod bleibe.

Gockel forderte abschließend ein Umdenken. Man dürfe nicht bloß die Schwierigkeiten sehen, die Familie mit sich bringe. *„Das Gesamtumfeld muss geändert werden, die Rabenmutter muss aus unseren Köpfen“,* und vor allem sei es *„wichtig, allen Freiräume zu geben, um sich individuell entfalten zu können.“*

Die vom Publizisten **Jürgen Liminski** moderierte Gesprächsrunde warf noch einmal die Frage auf, was die Politik tun könne, um mehr Familienfreundlichkeit zu schaffen, wenn feststehe, dass alle Ausgaben für Familien eine echte Investition und somit sinnvoll seien. Dr. David Schumann rief hier zu einem positiven Denken auf: *„Die Politik steckt zwar den Rahmen, oft aber werden individuelle Lebensentscheidungen gegeneinander ausgespielt und Lebensmodelle verglichen.“* Er kritisierte: *„Die Politik aber sollte signalisieren, dass jeder glücklich werden kann und soll.“*



Jürgen Liminski

Anja Gockel beschied die Frage nach dem Mehrwert eines relativistischen, freiheitlichen Konzepts mit dem Wunsch, dass man junge Menschen unterstützen und darin bekräftigen solle, Kinder zu bekommen: *„Die Unmenschlichkeit beginnt, wenn ‚verkopft‘ Kinder zu einem bestimmten Zeitpunkt zu bekommen sind. Sie sind Leben, das immer möglich sein muss!“*

SOZIALSYSTEME VOR DEM ZUSAMMENBRUCH

WIE DER GENERATIONENVERTRAG WIEDERBELEBT WERDEN KANN

Anne Lenze | Jürgen Borchert | Christian Baldauf | Jürgen Liminski

- Durch die Verrentung der Babyboomer bei gleichzeitigem Sinken der Geburtenraten droht dem Rentensystem der Kollaps.
- Das aktuelle Rentensystem ist extrem familienfeindlich, weil Erziehungsleistungen nicht honoriert werden.
- Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts müssten von der Politik dringend umgesetzt werden.
- Der demografische Wandel ist keine „Chance“, sondern eine Gefahr, die seit Jahrzehnten der kognitiven Dissonanz verdrängt wird.

Der Journalist **Jürgen Liminski** gab eingangs zu bedenken, dass auch die Medien eine gewichtige Rolle im Umgang mit Fragen der Generationengerechtigkeit und des demografischen Wandels spielten. *„Medien formen den Mainstream mit Falschaussagen. Sie verzerren, beschönigen und vorverurteilen und machen daher die Brauchbarkeit und den Nutzen des Wissens fraglich.“* Daher mahnte er die unbedingte Notwendigkeit an, an unverrückbare Tatsachen zu erinnern, *„da sie unsere und die Zukunft unserer Kinder beeinflussen“.*

„Bahnbrechende Urteile des Bundesverfassungsgerichts und die fehlende Umsetzung durch die Politik“ referierte **Prof. Dr. Anne Lenze** von der Hochschule Darmstadt, wo sie sich mit Gesellschaftswissenschaften und sozialer Arbeit befasst.

In ihrer Bestandsaufnahme hielt sie fest, dass vor allem rentennahe Jahrgänge den genauen Blick auf den Zustand der Sozialsysteme scheuten: *„Das Eis ist dünn, das wissen alle, aber niemand möchte so genau hinschauen.“* Gleichzeitig bescheinigte sie der jungen Generation einen *„undifferenzierten Zweckpessimismus nach dem Motto: Wir kriegen eh keine Rente mehr!“*. Lenze interpretierte die gegenwärtige Situation der sozialen Sicherungssysteme insgesamt als eine Art letztes Aufblühen vor dem Tod. Dieses aber werde bald zu Ende sein, wenn die geburtenstarken Jahrgänge – jene also, die gleichzeitig immer weniger Kinder bekommen hätten – krank würden und das System somit viel Geld kosteten. Ab 2030, gab die Referentin zu bedenken, würden doppelt so viele Menschen das Rentenalter erreichen wie junge Menschen in den Arbeitsmarkt hineinkämen. *„Noch geht es uns auch deshalb gut, weil wir von den nicht geborenen Kindern dadurch profitieren, dass wir am ansonsten Notwendigen wie Lehrern, Erziehern und anderem sparen können. Den damit einhergehenden Konsumrückgang fängt derzeit noch die Exportorientierung der Wirtschaft auf.“*

Für die Zukunft der umlagefinanzierten Rentensysteme müsse sich Lenze zufolge eine Abkehr vom Renditegedanken, vor allem aber eine Verschiebung der Lebensarbeitszeit nach hinten ergeben. Der Anteil dieser Maßnahme an der Finanzierung des Rentensystems betrage rund ein Drittel. Die fehlenden Geburten, so Lenze weiter, seien das eigentliche Problem, da die Kosten des fehlenden Nachwuchses völlig unfair verteilt würden. Ihr Lösungsansatz lautete daher: *„Wer Beiträge zahlt und Kinder erzieht, müsste immer besser gestellt sein, aber dies ist in der Systematik nicht ‚eingepreist‘.“*

Einen ersten Ansatz, diesen Umstand zu berücksichtigen, habe das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil aus dem Jahre 1990 gemacht. Demzufolge sei es als nicht verfassungskonform erachtet worden, dass der Anteil des Einkommens von Eltern, welcher für den Unterhalt von Kindern verwandt werde, gleichermaßen besteuert werde, wie sonstiges verfügbares Einkommen. Das Urteil besagte zudem, dass *„die Vermeidbarkeit von Kindern nicht der Vermeidbarkeit von sonstigen Bedürfnissen*

entgegengesetzt werden darf". Das Bundesverfassungsgericht habe mit diesem Urteil also anerkannt, dass Kinder keine Privatsache der Eltern seien, fasste Professor Lenze zusammen. Dieses Urteil sei 1992 durch das sogenannte ‚Trümmerfrauenurteil‘ ergänzt worden, welches erstmals die strukturelle Benachteiligung von Kindeserziehung durch zeitgleiche Erwerbslosigkeit hervorgehoben habe. Vor allem aber habe das Bundesverfassungsgericht in diesem Urteil festgestellt, dass die Benachteiligung durch das Großziehen von Kindern nicht durch anderweitige staatliche Leistungen ausgeglichen werde, so Lenze.

Basierend auf dem ‚Trümmerfrauenurteil‘ habe das höchste deutsche Gericht 2001 in einem Urteil zur Pflegeversicherung den Begriff der ‚strukturellen Benachteiligung‘ mit Inhalt angereichert. Demnach sei der Verzicht auf Konsum und Vermögensbildung eben jene Benachteiligung, die versicherungstechnisch gegengerechnet werden könne. „Somit bewertete das Bundesverfassungsgericht erstmals den Beitrag, welchen die Kindeserziehung zur Pflegeversicherung leistet als konstitutiv“, hielt Professor Lenze fest. Aus dem Urteil ergebe sich die Pflicht des Gesetzgebers zur Prüfung aller Grundsätze bei der Beitragsbemessung in allen Bereichen der sozialen Sicherungssysteme. „Bis heute aber haben die nachfolgenden Gerichte dem Bundesverfassungsgericht die Nachfolge mit stets neuen juristischen Wendungen verweigert und die Politik darauf nicht reagiert“, stellte die Referentin resignierend fest. Stattdessen würden Eltern durch die strukturellen Benachteiligungen der Sozialsysteme in die Mithaftung für die Negativfolgen des demografischen Wandels genommen. Eine Reform der sozialen Sicherungssysteme müsse dringend eine Beitragsgerechtigkeit für Eltern in der Sozialversicherung herstellen sowie die Steuerfreistellung des Kindesunterhalts umsetzen, fasste Professor Lenze zusammen: „Das Steuerrecht muss alle Eltern berücksichtigen, ungeachtet ob alleinerziehend oder verheiratet.“

Der Vorsitzende Richter am Hessischen Sozialgericht und Autor des Buches „Sozialstaatsdämmerung“, **Dr. Jürgen Borchert**, machte Ausführungen zum Statement „Die Politik von allen Geistern verlassen! Rente, Gesundheit, Pflege: Altersversicherung im freien Fall“.

Dabei prangerte er die Zerstörung der Bindung zwischen Eltern und Kindern durch die Sozialversicherung an, da diese in erheblichem Maße die private Altersvorsorge der Kinder für ihre Eltern finanziell einschränke und gleichzeitig „die Leistungen der Kinder auf Kinderlose“ umverteile.

Die Weitsicht der Politik reiche nicht aus, um diese Zusammenhänge zu begreifen. Immer wieder sei von den ‚Chancen der demografischen Entwicklung‘ die Rede. Der Sozialrichter zitierte hier den Demografen Herwig Birg: „Wer von diesen Chancen spricht, müsste auch von den Chancen der Architektur durch die Bombardements im Zweiten Weltkrieg reden.“ Bereits 1977 habe man gewusst, dass die Folgen des demografischen Wandels ab 2010 sichtbar würden, und nicht gehandelt.

Dr. Borchert verdeutlichte die Problemlage weiter: „Bis zum Jahr 2035 gehen die Babyboomer in den Ruhestand und somit 1,25 Millionen neue Rentner allein in 2032. Das Problem hierbei ist, dass circa 20 Prozent der nach 2000 geborenen Kinder für den Arbeitsmarkt als funktionelle Analphabeten ausfallen werden.“ Gleichzeitig verließen so viele Highpotentials wie nie das Land. Unweigerlich, so seine Einschätzung, würden künftig steigende Sozialbeiträge immer weiter sinkenden Leistungen gegenüberstehen: „Das Äquivalenzdenken, dass, wer viel einzahlt, auch viel wieder herausbekommt, wird durch die Entwicklung ad absurdum geführt.“

Um all diese Probleme nicht ins öffentliche Bewusstsein gelangen zu lassen, vertusche die Politik bewusst die Folgen, gab Borchert zu bedenken. Hier werde beispielsweise gerne der Produktivitätsanstieg hervorgehoben, um zu suggerieren, dass eine reelle Chance auf eine positive Entwicklung der Einkommen insgesamt bestünde. Produktivität aber „hat mit Innovationskraft zu tun und speist sich aus fluiden Intelligenz, die nur junge Menschen haben“. Auch die Versicherungsterminologie vernebele der Öffentlichkeit die Tatsachen, denn versichern ließen sich nur die Ausnahmen von der sozialen Norm: „Das Erreichen des Rentenalters ist heute aber der Normalfall und kein Ausnahmefall mehr wie noch zu Bismarcks Zeiten, als das Renteneintrittsalter bei 70 Jahren lag, die Lebenserwartung aber nur bei durchschnittlich 40 Jahren.“

Auf die Frage, warum sich die Politik all diesen Tatsachen verweigere und die politisch Verantwortlichen nicht handelten, hatte Dr. Borchert eine klare Diagnose. Sie lautete ‚kognitive Dissonanz‘, ein Zustand also, bei dem Begriffe und Wirklichkeit, Denken, Fühlen und Handeln nicht mehr zueinander passten. Durch diese Dissonanz würden Freiheit und Verantwortung entkoppelt. Und weiter: „Deutschland unterliegt einem tiefen kulturellen Wandel!“ Die Freiheit aber funktioniere nicht ohne Verantwortung, deshalb sei die Bundesrepublik ein sozialer Rechtsstaat. „Die Semantik der Sozialsysteme verhüllt systematisch die einfachsten Tatsachen,

zum Beispiel, dass die Zukunftssicherung mit der Nachwuchsgeneration steht und fällt“, ergänzte der Referent. Die Freiheit für einen Lebensentwurf werde in unseren Sozialsystemen von der Verantwortung für die Folgen eines Lebensentwurfs entkoppelt.

Borcherts Fazit: Künftig müsse vor allem semantische Klarheit geschaffen werden, um die vorherrschenden kognitiven Dissonanzen zu bereinigen, und die Politik müsse endlich das umzusetzen, „was Karlsruhe von ihr verlangt!“

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im rheinland-pfälzischen Landtag, **Christian Baldauf, MdL**, formulierte Fragen aus der Politik. Immer wieder, so der Abgeordnete, höre er im Rahmen von politischen Auseinandersetzungen den Ausspruch: „Das können wir uns nicht leisten!“ Daher stellte Baldauf die Frage in den Raum: „Was können wir uns denn leisten?“ Wenn festzustellen sei, dass zu wenige Kinder geboren würden und sich aus dieser Erkenntnis heraus ein Wandel vollzöge: „Was ist in der Zwischenzeit zu tun, solange bis Kinder im produktionsfähigen Alter sind?“ Und vor allem welche gesetzlichen Vorgaben müssten erfolgen, um wieder Mut zur Familie zu machen? Denn die Flut von Maßnahmen führe offenbar nicht zum gewünschten Ergebnis, stellte Baldauf fest.

Im Rahmen der von **Jürgen Liminski** moderierten Gesprächsrunde formulierte Dr. Jürgen Borchert die Notwendigkeit der Wiederherstellung biografischer Stabilität vor allem hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse junger Arbeitnehmer in dem Alter, in dem man üblicherweise eine Familie gründe. Er ergänzte: „Eine individuelle Verengung der Löhne zu Ungunsten der Familien muss abgeschafft werden, aber dies ist nur politisch zu lösen!“ Professor Lenze plädierte für eine unbedingt notwendige Abschaffung der Benachteiligung der Familien in der Rente. Dabei ging sie noch einen Schritt weiter: „Es geht nur über das Materielle! Kinderlosigkeit muss ökonomisch erfahrbar sein und wehtun!“ Christian Baldauf, MdL, beschloss die Runde mit dem Appell: „Verlässlichkeit muss wieder in den Vordergrund gerückt werden! Wir leben in einem Umfeld, in dem viele etwas wollen, aber nur wenige etwas geben. Im Sprachgebrauch muss man aus der Ausnahme wieder die Regel machen.“

DEUTSCHLAND UND JAPAN: EXPORTRIESEN UND GEBURTENZWERGE

NACHHALTIGKEIT IST OHNE NACHWUCHS NICHT MÖGLICH!

Stefan Fuchs | Axel Klein | Philip Plickert

- Die Vergreisung der Gesellschaft bewirkt eine Abnahme der Wirtschafts- und Innovationskraft.
- Symptome und Ursachen des demografischen Wandels sind latent, resultieren aber in einem massiven kulturellen Wandel der Gesellschaft, den die Politik kaum steuern kann.

In seinem Statement zum Thema „Express-Modernisierung und Geburteneinbruch in Ostasien“ stellte **Dr. Stefan Fuchs** fest, dass wirtschaftliche Modernisierung die demografische Reproduktion und damit langfristig die Existenz von Gesellschaften untergrabe. Genau diesen Sachverhalt beschreibe das in der Forschung sogenannte demografisch-ökonomische Paradoxon, demzufolge mit steigendem Wohlstand die Geburtenraten sanken. Japan und Deutschland seien dabei keine Sonderfälle, sondern lediglich zwei Beispiele von vielen. Andere Länder würden sie auf dem Pfad der Alterung sogar noch überholen: Im Jahr 2060 wären Südkorea und Hong Kong neben Japan die Länder mit den höchsten Altersquotienten, aber auch Taiwan, Qatar oder Kuba hätten ähnlich hohe Alterslasten zu tragen.

Der Geburteneinbruch in den Industrieländern, erörterte Fuchs weiter, sei zu vier Fünfteln für die Überalterung von Staaten verantwortlich, nur ein Fünftel der Alterung sei auf den Anstieg der Lebenserwartung zurückzuführen. Besonders dramatisch in der international vergleichenden Betrachtung sei der Absturz der Geburtenraten in den sogenannten Tigerstaaten. Diese Staaten machten in rund einem Drittel der Zeit die Entwicklung durch, die in den Industrienationen in 150 Jahren abgelaufen sei, erklärte der Demografieexperte. *„Die Wirkung von Familienpolitik liegt immer nur in einer Bremsung des Geburtenrückgangs, nicht aber in einem Anstieg der Geburtenzahlen.“* In Asien gehe die Alterung dramatisch voran. Dort habe man die sozialen Sicherungssysteme – wie teilweise in Deutschland geschehen – darauf bisher nicht vorbereiten können. Forscher sprächen hier von einer *„compressed modernity“*, die *„unsustainable societies“* zur Folge habe. Fuchs meinte abschließend: *„Japan ist eine Vorhut der Alterung in Asien, ebenso wie Deutschland in Europa.“*

Die Maßnahmen Japans zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs erläuterte **Prof. Dr. Axel Klein**. Die unweigerlichen Konsequenzen der in allen Ländern auftretenden Schrumpfung seien die sinkende Zahl von Arbeitskräften, weniger Steuereinnahmen sowie weniger Innovationen und Rezeption neuer Technologien. Der gegenwärtige Politikansatz in Deutschland sei die Förderung von Chancengleichheit, Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Wahlfreiheit. *„Dabei“*, erklärte Klein, *„liegen die Investitionen in geburtenfördernde Maßnahmen bei 7,27 Prozent der gesamten Sozialausgaben in Deutschland, in Japan lediglich bei 4,3 Prozent.“* In Japan bekämen Rentner viel, Familien hingegen nur sehr wenige Leistungen, ergänzte der Referent. Ein weiteres Problem der japanischen Familienpolitik sah der Japanexperte im mangelnden Antrieb der japanischen Politiker, deren persönliche Betroffenheit zu oft gering sei.

Im von **Dr. Philip Plickert** moderierten Gespräch betonte Fuchs noch einmal den extremen Anstieg der Opportunitätskosten der Elternschaft und ebenso die über Jahrzehnte gewachsenen Ansprüche: *„Die heutige Elterngeneration vergleicht ihren Lebensstandard nicht mit dem der fünfziger Jahre, sondern mit dem, was sie selbst als Kinder erlebt haben, also mit den achtziger Jahren, und hier wird die Wachstumsmöglichkeit eng.“*

Zudem führte er an, wie wichtig es sei, die statistischen Zeitreihen bei der Betrachtung von Geburtenraten zu betrachten, da man ansonsten oft zu falschen Schlüssen gelange. Er erklärte: *„Symptome und Ursachen werden bei der Betrachtung der demografischen Entwicklung gerne verwechselt, da sie auch nicht sonderlich deutlich sind. Im Kulturwandel spielt die Politik eher eine sekundierende Rolle, viel gravierender sind kulturelle Wandlungen.“*

ANHALTENDER GEBURTENSCHWUND: ZUKUNFTSBREMSE FÜR DEUTSCHLAND!

Roland Tichy | Mario Voigt | Gerd Schreiner | Steffen Bilger | Christiane Florin

- Deutschland braucht eine aktive Einwanderungspolitik, um das Potential auszuschöpfen.
- Familienpolitik muss flexibel gestaltet werden, es muss echte Wahlfreiheit bestehen statt einer Fixierung auf bestimmte Betreuungsmaßnahmen.
- Wirtschaftliches Wachstum und demografischer Wandel müssen miteinander verbunden werden.
- Die Familie muss im öffentlichen Diskurs mehr gewürdigt werden.

Der Journalist **Roland Tichy** fokussierte die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des demografischen Wandels. Die Zahl der Arbeitskräfte werde in den kommenden Jahrzehnten in Deutschland um 40 Prozent sinken, *„fast ein ganzes Bundesland in der Größe Hessens wird über 80 Jahre alt sein, eine kleine Großstadt wird dann aus über Hundertjährigen bestehen“*.

Auch stellte er die Frage in den Raum, ob ein Anstieg der Geburtenraten überhaupt sinnvoll und volkswirtschaftlich vertretbar sei: *„Gesellschaften, die schnell wachsen, haben aber auch Probleme. Könnte Deutschland überhaupt 100-120 Millionen Menschen vertragen? Denn Länder mit hohen Geburtenraten sind Länder, in denen man nicht gerne sein*

möchte wie beispielsweise Palästina oder Somalia.“ Tichy plädierte daher für eine geänderte Wahrnehmung. Man müsse aufhören, die demografische Entwicklung negativ zu sehen und stattdessen die Entwicklung selbst gestalten. Der Gesamtzustand der Volkswirtschaft sei, so Tichy, sehr zufriedenstellend, aber Wirtschaft und Politik seien nicht darauf abgestellt und angepasst worden. Für ihn sei es ein Fehler zu glauben, man könne den Trend umkehren: *„Denn bereits heute kennen wir die Beteiligten der nächsten dreißig Jahre, was beispielsweise die Rentenentwicklung anbetrifft.“*

Hinsichtlich der Geburtenentwicklung wird sich Tichys Auffassung zufolge ebenfalls nicht mehr viel ändern, da dies ein säkularer Trend zu sein scheine. Er stellte so einen historischen Zusammenhang zwischen Geburten- und Sterblichkeitsraten her: *„Weniger geborene Kinder starben, was ein Ergebnis der besseren Verhältnisse darstellt, nicht aber mehr Kinder pro Frau bedeutete. Die Geburtenexplosionen, zum Beispiel während der Industrialisierung, ist daher eine Überlebensexplosion, nicht aber ein Geburtenanstieg.“*

Zur Entwicklung der Arbeitswelt merkte Tichy an, dass der sogenannte Drehtüreffekt, nämlich vorne junge Arbeitskräfte hereinzuholen und gleichzeitig die alten Arbeitnehmer herauszuschicken, künftig nicht mehr funktionieren werde: *„Es werden keine Jungen mehr da sein!“* Die Lösung müsse daher im lebenslangen Lernen liegen. In Deutschland sei die biografische Verteilung von Bildungskosten zugunsten der jungen Generation im internationalen Vergleich überproportioniert, bei der Weiterqualifizierung und Fortbildung von älteren Arbeitnehmern zähle man hierzu-lande hingegen zu den Schlusslichtern.



Roland Tichy

Hinsichtlich der Rentenentwicklung äußerte Tichy die Auffassung, dass die bismarcksche Altersgrenze von 65 sich künftig nicht mehr halten lassen werde: *„Wir leben in einer Generation, die einen hedonistischen Lebensstil pflegte. Die Stalingrad-Generation ist nicht alt geworden, die Folgegeneration hat keine Kinder mehr bekommen und sich stattdessen lieber den zweiten Mallorca-Urlaub finanziert.“* Die Frage, ob Zuwanderung das demografische Problem lösen könne, beantwortete der Ökonom wie folgt: *„Humanitäre Zuwanderung ist unfraglich, sie muss aber daraufhin geprüft werden, ob sie geeignet ist, die Probleme zu lösen. Leider haben wir es in der Vergangenheit nicht geschafft, eine systematische Einwanderung zu schaffen, die Deutschland nützt.“* Für Tichy ist Einwanderung somit kein quantitatives, sondern vielmehr ein qualitatives Problem. Zudem seien die Kosten von Altersversorgung dringend in den Griff zu bekommen. Notwendig sei außerdem eine Reduzierung der Pflegebedürftigkeit, unter anderem durch die Schaffung altersgerechten Wohnraums und der damit verbundenen Infrastruktur.

Dr. Mario Voigt, MdL, Generalsekretär der CDU Thüringen, wandte sich der Frage zu, ob Deutschland mit seiner Geburtenentwicklung aus dem Rahmen falle. Hierzu hielt er fest, dass fast die Hälfte der Welt eine niedrigere Geburtenrate als Reproduktionsrate habe, und folgerte: *„Dieser Trend entwickelt sich offenbar völlig unabhängig von den jeweiligen politischen Maßnahmen.“* Insgesamt, so Voigt, sei aber festzuhalten, dass, wenn die Menschen gesünder, reicher, besser gebildet, stärker emanzipiert seien und häufiger in Städten lebten, ein demografischer Wandel stattfinde.

Weiter stellte er die Frage in den Raum, warum wir angesichts der demografischen Herausforderungen glaubten, dass die Zukunft nur schlechter werden könne, wenn die Vergangenheit zeige, dass es stetig immer besser geworden sei? Vor allem für die östlichen Bundesländer könne man sagen, dass sich die Familienfreundlichkeit vor allem am Wohnumfeld, an den Betreuungsmöglichkeiten und den Berufsperspektiven einer Region zeige. Welches familiäre Arrangement sollte also als Norm kommuniziert werden? Seine eindeutige Antwort: *„Flexible Arrangements werden von Familien benötigt, um sich entfalten zu können.“*

Voigt stellte drei Thesen zur Lösung des demografischen Problems auf: erstens in Kinder und Kindheit zu investieren, um den Wohlstand zu stärken. Im Klartext bedeute dies für ihn, man müsse um die Stellung

von Kindern streiten und dürfe es nicht zulassen, dass Ehe und Familie in der Öffentlichkeit schlecht geredet würden. Hierzu sollten nach Auffassung Voigts einerseits institutionelle Angebote ausgeweitet werden, um eine echte Wahlmöglichkeit für Eltern und Familie zu schaffen. Außerdem solle das Leitbild einer sorgenden Gesellschaft festgeschrieben werden. Zweitens müssten wirtschaftliches Wachstum und demografischer Wandel miteinander verbunden werden: *„Die Entwicklung muss auch als Katalysator begriffen werden.“* Drittens müsse der strukturelle Wandel vor allem im ländlichen Raum bei aller Ungleichzeitigkeit und regionalen Unterschieden dennoch gestaltet werden. Dies bedeute, dass man die Auswirkungen des demografischen Wandels nicht einfach nur geschehen lassen solle, sondern die Folgen aktiv gestalten müsse. Hierzu sei unter anderem mehr Flexibilität notwendig, beispielsweise hinsichtlich verschiedener EU-Vorgaben oder über eine entsprechende Gestaltung des Länderfinanzausgleichs. Abschließend nannte Voigt einen vierten Punkt zum aktiven Umgang mit dem demografischen Wandel: *„Sich Zeit nehmen, um Kinder zu zeugen!“*

Der Landtagsabgeordnete **Gerd Schreiner** stellte fest, dass es bei all den Fragen, die sich mit dem demografischen Wandel verbänden, um eine ganz einfache Wahrheit drehe: *„Eine Gesellschaft mit Kindern ist eine andere als ohne Kinder!“* In einer Familie mit Kindern sei Offenheit und Neugier immer gegenwärtig, und so verlerne man dort das lebenslange Lernen nicht. Rheinland-Pfalz sei hinsichtlich seiner Wertschätzung für Familien schlecht aufgestellt, da auf dem Papier viele Leistungen für Kinder und Familien zugesagt seien, diese aber kaum Umsetzung fänden. *„Familie muss wertig sein“, so Schreiner, „und das muss auch so kommuniziert werden!“* Weiter forderte er eine Förderung der frühen Elternschaft, bessere Möglichkeiten für Eltern in Ausbildung sowie die Ermutigung zu einer lebenslangen Bindung an einen Partner.



Gerd Schreiner, MdL

Seine Lösungsansätze lauteten daher: *„Erstens: Wir müssen gut über Familie reden. Zweitens: Durch mehr Mut machen kann man die Geburtenrate steigern. Drittens: Der bereits bestehende Trend muss flexibel gestaltet werden, um auch flexibel reagieren zu können. Der Wandel muss gestaltet sein und darf nicht nur passieren.“* Angesichts des bevorstehenden Schrumpfens der rheinland-pfälzischen Bevölkerung in der kommenden Generation von vier auf zwei Millionen Einwohner, gebe es, so Schreiner abschließend, Ansätze zur kurzfristigen Gestaltung. Der demografische Wandel sei jedoch eine dringende Herausforderung vor allem für die Flächenländer.

Steffen Bilger, MdB, Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag, schilderte das Dilemma des demografischen Wandels aus Sicht der jungen Generation. *„Junge Menschen“, so Bilger, „engagieren sich nicht hinreichend politisch, obwohl der demografische Wandel enorme Auswirkungen auf die Politik, vornehmlich auf die Wählerorientierung der Politiker, hat.“* So entstehe eine Art Unterrepräsentation von jungen Menschen, was in erster Linie bei der Besetzung der demografierelevanten Ministerien durch vornehmlich ältere Abgeordnete sichtbar werde. Das Rentenpaket sei ein vordringliches Thema der Großen Koalition gewesen, in dem Bilger allerdings eine falsche Weichenstellung sah: *„Nicht bei der Mütterrente, aber beim Renteneintrittsalter.“* Seiner Ansicht nach sollte es normal sein, dass

man in Rente gehen könne, wann man wolle, und so, wie es der Arbeitgeber mitmache. *„Dies wäre auch für die Gesamtwirtschaft gewinnbringend“,* äußerte der Abgeordnete.

Weitere wichtige Themen für die junge Generation seien zudem die Haushaltskonsolidierung, um für die Zukunft nicht mehr Schulden aufzubauen, sowie die Weiterentwicklung von Beschäftigung: *„Fortbildungen müssen politisch unterstützt werden, um beispielsweise eine Weiterbeschäftigung im Alter zu gewährleisten, diese dann eventuell in einem körperlich weniger anstrengenden Beruf.“* Nach Ansicht Bilgers soll die Pflegeversicherung in zunehmendem Maße von denen finanziert werden, die keine Kinder oder nur ein Kind haben. Ebenso könnte ein Familiensplitting die Kinder mehr in den Mittelpunkt stellen und so einen Beitrag zur Veränderung und zum gesellschaftlichen Wandel zugunsten von Kindern und Familie leisten. Der Appell des Jungpolitikers lautete abschließend: *„Die Diskussion über den demografischen Wandel muss viel stärker unideologisch geführt werden. Dies können junge Menschen häufig besser als die Generation 50 plus!“*

Karl-Heinz B. van Lier, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Rheinland-Pfalz und Initiator der Veranstaltungsreihe, resümierte in seinen Ausführungen die Ergebnisse der Veranstaltungen.

Dabei gab er zu bedenken, dass der Begriff des demografischen Wandels häufig als trickreicher Euphemismus verstanden werden müsse, der am Ende immer nur Stillstand bedeuten könne. Vor allem die Höhe des Geburtenmangels sei bedenklich: *„Ein moderaterer Geburtenschwund wäre vielleicht besser verkraftbar, niemand aber redet über die damit verbundene Gemütslage!“* Ein weiterer unzulässiger Euphemismus sei die viel beschworene Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei sei *„Familienpolitik zur Erwerbspolitik für Frauen“* geworden. Auch kritisierte er, dass die Wirkungsmächtigkeit der Bilder nicht in dem Maße gegeben sei, wie es der demografische Wandel eigentlich erfordere: *„Die Folgen des Wandels sind schleichend und nicht immer gleich sichtbar. So ergibt sich für den Bürger auch kein dringend notwendiger Politikwechsel!“*

Wie aber, so die Frage van Liers, stehe es um die Wertschätzung für unsere Familie? *„Der Überindividualismus zerstört schöpferische Wirkung, denn wenn dieser Kern – die Familie – nicht gewürdigt wird, brauchen wir uns nicht mehr über Zerfallserscheinungen zu wundern!“*, mahnte er an.

Hinsichtlich der Rentensysteme gab er zudem zu bedenken, dass eine Besserstellung von Familien in diesem System nicht gleichbedeutend sei mit einer Schlechterstellung der bisherigen Rentenbezieher. Derzeit handle es sich um eine „*intragenerationelle Umverteilungsmaschine, die für Menschen ohne Kinder von Vorteil ist*“. Zur zunehmenden Verstaatlichung der Kindheit – und somit folgerichtig auch des Alters – äußerte van Lie: „*Durch das wachsende Betreuungsangebot wird eine wachsende Nachfrage evoziert. Gleichzeitig werden Familien auf Schlafstätten mit Qualitätszeit am Abend reduziert!*“ Er formulierte seinen Unmut über die Tatsache, dass bei der Diskussion über den demografischen Wandel der Geburtenmangel bereits als gegeben und unumkehrbar vorausgesetzt werde, „*um nicht über die Ursachen reden zu müssen*“.

Die von **Dr. Christiane Florin** moderierte Diskussionsrunde wurde kontrovers geführt. Sie rankte sich um Themen wie die mangelnde Akzeptanz von Kindern im eigenen Umfeld, die besondere Stellung der Ehe, die Möglichkeiten der Besserstellung von Familien im Steuer- und Rentensystem, die dringend notwendige gesamtgesellschaftliche Klimaveränderung zugunsten von Familien, die auch normativ über die Politik allokiert werden müsse, sowie um die Rolle der Wirtschaft in all diesen Fragen. Einig waren sich die Experten und Politiker vor allem darin, dass es insgesamt eine spürbare Erleichterung für jeden Einzelnen geben müsse, sich für Kinder und Familie entscheiden zu können, denn die Entscheidung für Kinder falle zuallererst im Kopf.



Das Podium v.l.n.r.: Karl-Heinz B. van Lie, Roland Tichy, Dr. Christiane Florin, Steffen Bilger, MdB und Dr. Mario Voigt, MdL

DIE REFERENTEN UND MODERATOREN DER REIHE „HANDLUNGSauftrag DEMOGRAFIE 2013-2014“



Prof. Hermann Adrian
Physiker an der Universität Mainz, Mitglied der „Deutschen Gesellschaft für Demografie“ und des VDI-Arbeitskreises „Demografischer Wandel – Wandel der Technik“



Christian Baldauf, MdL
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag Rheinland-Pfalz und stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz, Mitglied des CDU-Bundesvorstands



Prof. Dr. Kurt Biedenkopf
Ehemaliger Ministerpräsident des Freistaats Sachsen, seither gefragter Redner und Berater, als Jurist und Ökonom wissenschaftlich tätig, Autor von „Die Ausbeutung der Enkel. Plädoyer für die Rückkehr zur Vernunft“ (2006) sowie „Wir haben die Wahl. Freiheit oder Vater Staat“ (2011) und zehnfacher Großvater



Steffen Bilger, MdB
Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung und Mitglied in der Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“



Dr. Jürgen Borchert
Vorsitzender Richter am Hessischen Sozialgericht (bis Dezember 2014) Sachverständiger der mündlichen Verhandlungen des Bundesverfassungsgerichts zum Trümmerfrauenurteil (1992) sowie zum Pflegeurteil (2001), Buchautor „Sozialstaatsdämmerung“



Susanne Conrad
Moderatorin des ZDF-Mittagsmagazins, Autorin von „Sterben für Anfänger. Wie wir den Umgang mit dem Tod neu lernen können“ (2013)



Dr. Silke Dierks
Juristin im Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz, Altstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung und vierfache Mutter



Dr. Jürgen Dorbritz
Wissenschaftlicher Direktor am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, Diplom-Soziologe und seit 2006 Vertreter des BIB im wissenschaftlichen Beirat des BMFSFJ



Prof. Gérard-François Dumont
Professor für Demografie an der Sorbonne Paris, Herausgeber der Zeitschrift „Population et Avenir“



Dr. Peter Enders, MdL
Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie im Landtag Rheinland-Pfalz, Arzt



Kerstin Faber
Architektin und Urbanistin sowie Dozentin für Internationalen Städtebau am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit der Gestaltung von Räumen im Umbruch, Mit-herausgeberin von „Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge“ (2013)



Dr. Christiane Florin
Redaktionsleiterin „Christ und Welt“, Autorin „Warum unsere Studenten so angepasst sind“ und Lehrbeauftragte am Institut für Politische Wissenschaften und Soziologie an der Universität Bonn



Dr. Stefan Fuchs
Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, seit 2010 Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Demografie



Anja Gockel
Modedesignerin, international erfolgreiche Unternehmerin, vierfache Mutter und engagiert für die „Herzenssache – Die Kinderhilfsaktion von SWR und SR“



Prof. Dr. med. Michael Huss
Diplompsychologe und Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie an der Universitätsklinik Mainz



Birgit Kelle
Vorsitzende von Frau 2000plus e.V., Journalistin, Publizistin, Mutter von vier Kindern, provozierte mit ihrem Buch „Dann mach doch die Bluse zu. Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn“



Prof. Dr. Axel Klein
Lehrstuhl Politik Japans/Sozialwissenschaftliche Ostasienstudien, Universität Duisburg-Essen



Karl Kardinal Lehmann
Bischof von Mainz, von 1987 bis 2008 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz und 2001 von Papst Johannes Paul II. zum Kardinal ernannt



Birgitta vom Lehn
freie Journalistin (u.a. FAZ, Frankfurter Rundschau und BZ) und Autorin von „Kindeswohl, ade! Gesundheitsverhütung im Wohlstandsland. PISA war auch eine physische Pleite“ (2004) und „Generation G8: Wie die Turbo-Schule Schüler und Familien ruiniert“ (2010)



Prof. Dr. Anne Lenze
Lehrstuhlinhaberin an der Hochschule Darmstadt, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und soziale Arbeit mit den Forschungsschwerpunkten: Reform des Sozialstaats, Generationengerechtigkeit sowie Sozialversicherung und Steuerrecht



Karl-Heinz B. van Lier
Landesbeauftragter der KAS für Rheinland-Pfalz und Leiter des Politischen Bildungsforums Rheinland-Pfalz, fünffacher Vater und seit vielen Jahren engagiert in familienpolitischen Fragestellungen



Jürgen Liminski
Journalist, Publizist und Redakteur beim Deutschlandfunk, Vater von zehn Kindern, Geschäftsführer und Mitbegründer des IDAF (Institut für Demografie, Allgemeinwohl und Familie e.V.), Autor von „Abenteuer Familie – Erziehung mit Liebe ist immer ein Erfolg“ (2002) und „Die verratene Familie. Politik ohne Zukunft“ (2007)



Klaus Lütkefedder
Bürgermeister der Verbandsgemeinde Wallmerod im Westerwald, wo er überaus erfolgreich die Initiative „Leben im Dorf“, zur Wiederbelebung alter Ortskerne, durchführt



Matthias Matussek
Journalist und Publizist, 1987 bis 2013 Kulturredakteur beim STERN, seitdem mit eigener Kolumne in DIE WELT und Autor zahlreicher Bücher wie beispielsweise „Die vaterlose Gesellschaft“ (1998) und „Das katholische Abenteuer. Eine Provokation“ (2011)



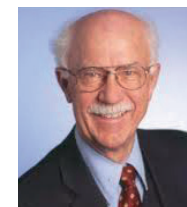
Prof. Dr. Georg Milbradt
Ehemaliger Ministerpräsident des Freistaats Sachsen und Volkswirt, Mitherausgeber „Die demografische Herausforderung. Sachsens Zukunft gestalten“ (2004)



Nadine Morano
Ehemalige französische Familienstaatssekretärin unter Nicolas Sarkozy



Dr. Elisabeth Müller
Vorsitzende des Verbands kinderreicher Familien in Deutschland, Mutter von sechs Kindern, promovierte Apothekerin



Dr. Albin Nees
Ehemaliger Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie, als promovierter Jurist war er lange Jahre am Sozialgericht tätig und ist ehemaliger Präsident des Deutschen Familienverbandes



Dr. Philip Plickert
Volkswirtschaftler, Träger des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik (2009), Journalist bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung



Patrick Schnieder, MdB
Generalsekretär der CDU Rheinland-Pfalz, Jurist, als langjähriger Kommunalpolitiker expertisenreich in Fragen der Auswirkungen des demografischen Wandels auf kommunaler Ebene



Gerd Schreiner
Haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Architekt



Dr. David Schumann
Historiker an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt Historische Wertewandelsforschung und Experte für Familienpolitik, Titel seiner Dissertation „Bauarbeiten am „Fundament der Gesellschaft. Christdemokratische Familienpolitik in der Ära Kohl (1973–1998)“



Dr. Hildegard Stausberg
Langjährige Ressortleiterin Außenpolitik bei der Zeitung DIE WELT, ehrenamtliche Vorsitzende des Kölner Presseclubs



Wolfgang Thielmann
Stellvertretender Redaktionsleiter von „Christ und Welt“, studierter Theologe, ehemals Pressesprecher des Diakonischen Werks der EKD und bis 2010 Redaktionsleiter von „Christ und Welt“ beim Rheinischen Merkur



Roland Tichy
Diplom-Volkswirt, Journalist, bis 2014 Chefredakteur der Wirtschaftswoche und Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung



Dr. Mario Voigt, MdL
Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Thüringen, Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Thüringer Landtags



Dr. Klaus Zeh
Präsident des Deutschen Familienverbandes, ehemaliger Minister für Soziales, Familie und Gesundheit im Freistaat Thüringen, Oberbürgermeister der Stadt Nordhausen

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Karl-Heinz B. von Lier

*Landesbeauftragter für Rheinland-Pfalz und Leiter Politisches
Bildungsforum Rheinland-Pfalz der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Weißliliegasse 5
55116 Mainz
Telefon: +49(0)-6131-201693-0
E-Mail: karl-heinz.vanlier@kas.de*

Dr. Melanie Piepenschneider

*Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Postanschrift: Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Besucheranschrift: Südstraße 2 a-b, 53757 Sankt Augustin
Telefon: +49(0)-2241-246-4212 / Zentrale+49(0)-2241-246-0
E-Mail: melanie.piepenschneider@kas.de*

PUBLIKATIONSREIHE

„HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG“

Mit der Reihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“ möchte die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung interessierte Bürgerinnen und Bürger über politische Entwicklungen informieren, Orientierungen in Sachfragen geben und das Interesse an politischer Mitwirkung stärken. Die Handreichungen verstehen sich als Grundlageninformationen zur Beteiligung an aktuellen politischen Diskussionen.

In der Publikationsreihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“ sind bisher erschienen:

■ **Band 1:**

*J. Christian Koecke, Michael Sieben:
Die Christlich-Demokratische Union. Grundüberzeugungen,
Geschichte, Organisation
3., überarbeitete und erweiterte Auflage
Wesseling, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-012-8*

■ **Band 2:**

*Katrin Grüber: Zusammen leben ohne Barrieren. Die Umsetzung
der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
in Kommunen
Wesseling, April 2010
ISBN 978-3-941904-18-7*

■ **Band 3:**

*Klaus-Jürgen Engelen: Die energiepolitische Zukunft der
Europäischen Union.
Zwei Planspiele zur Arbeitsweise der EU (Ringbuchordner)
Wesseling, April 2010*

■ **Band 4:**

*Andreas Kalina: erfolgreich.politisch.bilden.
Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland
2., überarbeitete und erweiterte Auflage
Wesseling, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-013-5*

■ **Band 5:**

Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
Was bedeutet uns der 20. Juli 1944?
 Wesseling / Hannover, März 2011
 ISBN 978-3-941904-96-5

■ **Band 6:**

Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
DDR: Mythos und Wirklichkeit. Wie die SED-Diktatur den Alltag der DDR-Bürger bestimmte. Didaktische Begleitung zur gleichnamigen Ausstellung
 4., überarbeitete Auflage
 Sankt Augustin / Potsdam, Januar 2015
 ISBN 978-3-95721-077-7

■ **Band 7:**

Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
Was war die Mauer? Die Errichtung der innerdeutschen Grenzanlagen durch das SED-Regime und ihre Folgen
 3., überarbeitete Auflage
 Sankt Augustin / Potsdam, Januar 2015
 ISBN 978-3-95721-076-0

■ **Band 8:**

Klaus-Jürgen Engelen:
„Cicero“ – Entscheidungs- und Konferenzplanspiele zur Staatsschuldenkrise in der EU
 Wesseling, April 2012
 ISBN 978-3-942775-81-6

■ **Band 9:**

Annette Wilbert:
Update Politische Bildung. Leitfaden für die Seminarpraxis
 Wesseling, Januar 2013
 ISBN 978-3-944015-30-9

■ **Band 10:**

Tanja Segmüller, Angelika Zegelin, Franz Wagner, Christel Bienstein:
Menschen würdig pflegen? Das Recht auf qualifizierte Pflege. Eine Diskussionsschrift
 2., unveränderte Auflage
 Sankt Augustin / Berlin, März 2013
 ISBN 978-3-944015-36-1

■ **Band 11:**

Jana Kulhay:
Die Mediengeneration. Jugendliche, ihr Medienkonsum und ihre Mediennutzung
 Sankt Augustin / Berlin, Januar 2013
 ISBN 978-3-944015-33-0

■ **Band 12:**

Andreas Jungherr, Harald Schoen:
Das Internet in Wahlkämpfen. Konzepte, Wirkungen und Kampagnenfunktionen
 (Vollständige, unveränderte PDF-Ausgabe der im Springer VS, Wiesbaden 2013, erschienenen Buchausgabe)
 Sankt Augustin / Berlin, Juni 2013
 ISBN 978-3-658-01012-6

■ **Band 13:**

David Jonathan Grunwald:
Ordnungspolitische Bildung als Bestandteil der außerschulischen Erwachsenenbildung
 Wesseling / Berlin, Januar 2014
 ISBN 978-3-95721-008-1

■ **Band 14:**

Maja Eib, Daniel Braun:
Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum am Beispiel Thüringens
 Wesseling / Erfurt, Januar 2014
 ISBN 978-3-95721-014-2

■ **Band 15:**

*Manuel Sutter, Serafin von Roon, Florian Samweber,
Kristin Wachinger:*

Netzausbau in Deutschland. Wozu werden neue Stromnetze benötigt?

Wesseling / Berlin, September 2014

ISBN 978-3-95721-051-7

■ **Band 16:**

Tobias Montag, Thomas Recht:

*Den Netzausbau mitgestalten. Potentiale formeller und informeller
Beteiligung*

Wesseling / Berlin, September 2014

ISBN 978-3-95721-052-4

■ **Band 17:**

Heinrich Blatt:

Die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Teil 1: 1957–1997

Wesseling/Berlin, Dezember 2014

ISBN 978-3-95721-068-5

■ **Band 18:**

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.):

América Latina – Kontinent der Möglichkeiten.

Jugendcamp der Konrad-Adenauer-Stiftung, 29. Juni – 1. Juli 2014

Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2014

ISBN 978-3-95721-067-8